

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 284.

Donnerstag, den 4. Dezember 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Parteigenossen!

Die Verhandlungen des Reichstags am gestrigen Tage haben klar und deutlich erwiesen, daß die Vorgänge, die sich in Elsaß-Lothringen abgespielt haben, noch weit schlimmer gewesen sind, als bisher angenommen worden ist, und entschiedener verurteilt werden müssen, als das bisher geschehen ist.

Trotzdem haben der Reichskanzler und der Kriegsminister die in Elsaß-Lothringen etablierte Militärdiktatur in einer Weise zu rechtfertigen versucht, die im Reichstage Stürme der Entrüstung ausgelöst hat.

Gleichviel, wie das Ergebnis der Verhandlungen im Reichstage sein wird — es ist jetzt Pflicht des deutschen Volkes, seine Stimme zu erheben und Protest einzulegen nicht nur gegen die skandalösen Vorkommnisse im Elsaß, sondern auch gegen die unerhörten Provokationen, die der Kanzler und der Kriegsminister dem Reichstage und damit dem ganzen deutschen Volke ins Gesicht geschleudert haben.

Wir fordern alle Parteioorganisationen auf, so schnell als möglich Protestversammlungen einzuberufen.

Parteigenossen, auf ans Werk!

Berlin, 3. Dezember 1913.

Der Parteivorstand.

Statistische Grundlagen für die Arbeitslosenversicherung.

Die befriedigende Lösung der Frage der öffentlichen Arbeitslosenversicherung hat, worauf wir schon in einem früheren Artikel hingewiesen haben, wesentlich mit zur Voraussetzung die Schaffung einer zuverlässigen regelmäßigen Statistik des Arbeitsmarktes, des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosigkeit.

Zu diesem wichtigen Kapitel, das gegenwärtig mit im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, liefert eine im Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, bearbeitete sehr umfangreiche Darstellung der „Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistiken in den wichtigsten Industriestaaten“ beachtenswerte Beiträge.

Eine solche Statistik ist von der Sozialdemokratie und den freien gewerkschaftlichen Zentralverbänden schon Jahrzehnte hindurch angestrebt worden. Diese Verbände haben bekanntlich auf diesem Gebiete bereits seit dem Beginn der neunziger Jahre selbständig es zu höchst beachtenswerten Leistungen gebracht, die unter objektiver Beurteilung als geradezu musterhaft anzusehen sind und für die amtliche Statistik unentbehrlich geworden sind.

Die vorerwähnte offizielle Darstellung geht von der Notwendigkeit der Statistik des Arbeitsmarktes aus, unter dem Hinweis darauf, daß diese Statistik das zahlenmäßige Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften oder, unter dem mehr wirtschaftlichen Gesichtspunkte, den Beschäftigungsgrad der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zu erforschen hat. Damit ist ohne weiteres eine enge Fühlung mit der Statistik des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosigkeit gegeben. Die amtliche Stelle sieht den Arbeitsnachweis als das wichtigste Mittel an, den Arbeitsmarkt zu regeln, daß heißt, die wirtschaftlich und sozial notwendige Ausgleichung zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften herbeizuführen. Also sieht die Statistik des Arbeitsmarktes eine solche des Arbeitsnachweises stets voraus. Indessen erschöpft sie sich nicht in ihr, vielmehr zieht sie noch weitere zahlenmäßige Unterlagen heran, die ihrerseits im Zusammenhange mit dem Arbeitsnachweis stehen: die Statistik der Arbeitslosigkeit, und bis zu einem gewissen Maße auch die der Arbeiterwanderungen. Erstere ist gewissermaßen als die Ergänzung der Arbeitsmarktstatistik aufzufassen. Zeigt diese die Zahl der Beschäftigten, so erscheinen in jener die Beschäftigung Suchenden, und es erhebt sich ohne weiteres, daß eine möglichst eindeutige Fassung der hier in Frage kommenden Begriffe (vor allem der Arbeitslosigkeit) grundlegend für die Güte der Statistik sein muß. Mittelbar ist natürlich die Ueber- sicht über die Arbeitslosen, die zur Verfügung stehenden Reserven, auch für die Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten einer Industrie be-

deutlich. Die Meinung des Statistischen Amtes, daß nicht ganz im gleichen Maße die Statistik der Arbeiterwanderungen für die Beurteilung des Arbeitsmarktes in Betracht kommt, erscheint uns zutreffend. Nur insoweit es sich um den Begriff der Arbeiterwanderungen im engeren Sinne handelt, also um die Wanderungen mit dem Ziele der Arbeitsuche, liegt ganz unverkennbar eine unmittelbare Beeinflussung des Arbeitsmarktes vor. Soweit dieses Ziel aber nicht mit Sicherheit erfaßt werden kann, verdient die Statistik der Arbeiterwanderungen um ihrer selbst willen Berücksichtigung.

Es ist ohn weiteres klar, daß eine scharfe Trennung dieser Gebiete begrifflich und tatsächlich nicht durchgeführt werden kann. Das Kaiserliche Statistische Amt hat seit Begründung des „Reichsarbeitsblattes“ (1902) die Einrichtung einer monatlichen Berichterstattung über den Arbeitsmarkt. Ihm stehen in der Hauptsache die folgenden Quellen zur Verfügung:

1. Unmittelbare Berichte der Beteiligten, die, nur sehr bedingungsweise als Statistik anzusehen, meist rein textlicher Natur sind und deshalb nach der methodischen Seite hin wenig ins Gewicht fallen. Hierher gehören die Berichte der Handelskammern, Handwerkskammern, wirtschaftlichen Verbände, industriellen Firmen und sonstiger, zum Teil eigens für diesen Zweck gewonnenen Gutachter. Nach amtlicher Angabe berichten rund 700 größere Unternehmungen, wirtschaftliche Verbände usw. über die Beschäftigung und Arbeiterzahl, über Arbeitsangebot, Menderung von Löhnen und Arbeitszeit.

2. Die Krankenkassenstatistik, die innerhalb der Krankenkasse zunächst als Geschäftsstatistik auftritt, durch Bearbeitung im Kaiserlichen Statistischen Amt aber der Erforschung des Arbeitsmarktes dienstbar gemacht wird, und die Invalidenversicherungstatistik (Verkauf von Beitrittsmarken).

3. Die Statistik der Arbeitsnachweise, die ebenfalls, wenn auch nur mittelbar, für die Arbeitsmarktstatistik verwendbar ist.

4. Die Statistik der Arbeitslosigkeit in den Berufsvereinen, zunächst Teil der Organisationsstatistik, nach dem Urteil des Statistischen Amtes aber sehr wohl zur Beurteilung des Beschäftigungsgrades geeignet. Die gemeindliche Arbeitslosenfürsorge vermag fürs erste nur örtlichen Bedürfnissen zu genügen.

Die vergleichende Darstellung der Arbeitsmarktstatistik in den verschiedenen in dem amtlichen Werke behandelten Länder zeigt, daß nicht überall gleiche Unterlagen vorhanden sind. Die Krankenkassenstatistik spielt in der ausländischen Arbeitsmarktstatistik bisher keine Rolle. Dagegen wird die Geschäftsstatistik der Arbeitsnachweise und der Berufsvereine überall sehr regelmäßig für die Erforschung des Arbeitsmarktes herangezogen. Daneben bestehen in einigen Ländern noch andere, der deutschen Statistik nicht oder nicht in gleichem Maße zugängliche Quellen. So die Ein- und Auswandererstatistik, die in Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika besonders gepflegt wird. Dann die Handels- und Preisstatistik, die vornehmlich Frankreich heranzieht, indem es unmittelbare Beziehungen zwischen den Ziffern der Arbeitslosigkeit, der Fabrikatausfuhr und der Rohstoffzufuhr, der Bankumfänge, endlich auch der Bewegung der Preiszeitziffern aufzudecken sucht. Auf die Unfallhäufigkeit wird hier als mittelbarer Gradmesser für den Umfang der Beschäftigung angesehen. Es erscheint uns geboten, daß auch die amtliche deutsche Statistik diese Quellen neben den übrigen sich dienstbar macht.

Ueber die Statistik der Arbeitsvermittlung wird teils monatlich, teils vierteljährlich im „Reichsarbeitsblatt“ berichtet. Die Zahl der an dieser Berichterstattung beteiligten Arbeitsnachweise beläuft sich zurzeit auf fast 1000. An erster Stelle steht da die Berichterstattung der öffentlichen Arbeitsnachweise.

Was nun die Arbeitslosenstatistik anbelangt, so sieht eine Beurteilung ihrer Hauptaufgaben natürlich die Verständigung über den Begriff der Arbeitslosigkeit voraus. Das Statistische Amt erachtet es als zweckmäßig, dabei zwischen „Arbeitswilligkeit“ und „Arbeitsfähigkeit“ zu unterscheiden. Aber es zeigt sich da, daß es ungemein schwierig ist, die Begriffe zu ermitteln. Jedenfalls muß dabei ein engerer Arbeitsbegriff, der der Berufsarbeit, Platz greifen, wobei die im Berufe überlieferten oder üblichen Arbeitsbedingungen eine entscheidende Bedeutung haben.

Arbeitslos ist auch der streikende und der ausgesperrte Arbeiter, trotzdem gehört er der Arbeitslosenstatistik im engeren Sinne nicht an. Die amtliche Statistik der meisten Länder ist zu einer scharfen Scheidung gelangt. Diese Scheidung aber wird durch die infolge eines Streiks unfreiwillig streikenden Arbeiter

erschwert, bei denen der Gesichtspunkt der „Arbeitswilligkeit“, daneben aber auch ein enger Zusammenhang mit dem Arbeitskämpfen und deren statistischer Erfassung besteht. Wiederholt hat man sich durch Ausschließung der Arbeitslosen nach der Ursache zu helfen gesucht, und damit die Ursachenstatistik in den Mittelpunkt der Arbeitslosenstatistik gerückt. Das amtliche Werk würdigt als wichtiges Hilfsmittel für die tatsächliche Gestaltung der Arbeitslosenstatistik hauptsächlich die Organisationsstatistik, insbesondere auch den Teil derselben, bei dem es sich um die Arbeitslosenunterstützung der gewerkschaftlichen Verbände handelt. Es heißt da: „Vornehmste Quelle ist nahezu überall die Arbeitslosenstatistik der Berufsvereine als der Träger der zunächst wirksamsten Arbeitslosenfürsorge.“ Auch den Arbeitsnachweisen der Berufsvereine wird einschlägige Bedeutung beigegeben, die jedoch von der Arbeitslosenstatistik übertrifft wird. Das amtliche Werk (Seite 678) fällt dazu folgendes allgemeine Urteil:

„Die Berichterstattung der Gewerkschaften über Arbeitslosigkeit ist dank der lebhaften Beteiligung der Gewerkschaften, ihrer strengen Zentralisierung, der großen und noch wachsenden Bedeutung des Arbeitslosenunterstützungswesens innerhalb der Gewerkschaften, endlich dank des Umstandes, daß ein im Verhältnis zu den meisten anderen Ländern sehr großer Teil der Arbeiterkraft gewerkschaftlich organisiert ist, in Deutschland vortrefflich ausgebildet. Dabei werden die Bestrebungen nach tunlichst lückenloser Erfassung auch der nicht unterstützten Arbeitslosen und die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit immer noch weiter zu verfolgen sein.“

Mit diesem Urteil dürfen die gewerkschaftlichen Zentralverbände wohl zufrieden sein. Alles in allem belehrt das amtliche Werk an der Hand der Tatsachen sehr eindringlich darüber, von welcher Bedeutung die Organisationsstatistik als Grundlage für eine Arbeitslosenversicherung ist. Es muß jedem einleuchten, daß eine solche Einrichtung gar nicht durchzuführen ist, ohne die geordnete permanente Mitwirkung der gewerkschaftlichen Verbände.

Nach der Militärvorlage das dem Reichstage!

Dieses Wort ist das Urteil eines der gemäßigtesten deutschen Parlamentarier, des Fortschrittlers Dr. Bachnick, über die Reden des Reichskanzlers und des Kriegsministers, die die Volksvertretung am Mittwoch anhören mußte, und mit denen die Reichsregierung die Interpellationen über die Leutnantschenschaft in Zabern „beantwortete“. Daß der Kriegsminister seine Aufgabe damit erschöpft sehen würde, den zum Paladium des Reichs erhobenen Leutnant v. Forstner zu entschuldigen, das Aufgebot der Zaberner Garnison gegen die Bevölkerung und die Beiseiteschiebung der Zivilverwaltung mit einem verächtlichen Fußtritt des Kommissars für vollkommen in der Ordnung zu erklären — das war ja nach der famosen Rede, die er letzthin gehalten hat, von vornherein gewiß. Aber daß auch der Reichskanzler nichts Besseres zu tun wissen würde, als den Bericht des Generalkommandos zum ausschließlichen Inhalt seiner Rede zu machen, darauf war man allerdings nicht vorbereitet. Und noch weniger darauf, daß sowohl der Generalleutnant v. Falkenhayn, als der bei höfischen Festen als Generalmajor auftretende Reichskanzler zum Angriff gegen das Zivil übergehen würden. Das geschah bei dem Reichskanzler durch Redensarten über Autorität, über den Rock, der respektiert werden müsse, über das Recht und die Pflicht der Armee, Beleidigungen nicht zu dulden (den armen Teufeln, die den schimpflichsten Beleidigungen durch Vorgesetzte ausgeliefert sind, war diese Kraftstelle der Bethmannschen Rede natürlich nicht gewidmet!) — Redensarten, die man oft genug in der Presse der Rüstungspatrioten liest und die über den landesüblichen Jargon in Offizierskreisen und in denjenigen, die sich vor Entzücken nicht zu fassen wissen, wenn ihnen einmal ein Offizier nahekommt, nicht hinausgehen. Aber was sich Herr von Falkenhayn leistete, war selbst der Mehrheit dieses Reichstags, mit Ausnahme der Konservativen natürlich, zu viel. Hat er doch schlankweg das Recht der Säbelträger proklamiert, jedes Schmähwort eines Straßenjungen durch die sofortige Niederstechung, mit der Todes-

Statur und war bekleidet mit dunkelgrünem, karierten Jacketanzug, grauem, wollenen Normalhemd, braunem Sweater, grauen Strümpfen und schwarzen Schnürstiefeln. Personen, die über die Persönlichkeit des Verstorbenen sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Druckfehlerberichtigung. In der am Dienstag veröffentlichten Schöffensliste, die natürlich nicht für 1911, sondern für 1914 aufgestellt worden ist, muß es richtig heißen, daß in der Zeit vom 26. August bis 8. September Schlosser Anton Puls und Kaufmann Hermann Otto, vom 9. bis 22. September Landmann Jochenhagen-Genin und Kaufmann Willi Adler amtieren werden.

Öffentliche Trinterfürsorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Nauhan). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 5. d. M., abends 6 bis 7 Uhr.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2-3½ Uhr nachmittags Schwartzauer Allee 44a statt.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen — Freitag — von 5 bis 8 Uhr nachmittags im Lokale Gasthof „Transvaal“ statt.

Hamburg, Bürgerschaft. In fünftägiger Sitzung hat die Bürgerschaft gestern außer einer Reihe kleinerer Vorlagen die Reform der Erbschaftsteuerverwaltung (debatte-los) genehmigt, das neue Einkommensteuergesetz in erster Lesung durchberaten und das neue Friedhofsprojekt, das mit umfangreichem Grunderwerb auf preußischem (Bramfelder) Gebiet verknüpft ist, endgültig angenommen. Bei Beratung des Einkommensteuergesetzes hob Senator Dr. Schäfer hervor, daß keine prinzipiellen Änderungen im Steuersystem beabsichtigt seien, sondern nur Anpassungen, einerseits an die Reichsteuergesetze, andererseits an früher geäußerte Wünsche der Bürgerschaft, die hauptsächlich Beseitigung ungerechter Härten betrafen. Einige dieser Härten sollen ja nun auch gemildert werden. Versicherungsprämien sollen bei Einkommen unter 5000 Mark abzugsfähig sein und kindestreiche Familien sollen mehr Steuerermäßigung als bisher genießen. Aber die schlimmste Härte, daß arme Teufel mit 900 Mk. bis 1200 Mk. Einkommen, denen der Staat das Bürgerrecht verweigert, auch noch von ihrem Jammerlohn Steuern zahlen müssen — diese schreiende Ungerechtigkeit soll nicht beseitigt werden. Unsere Fraktion hat den Antrag gestellt, daß diese unsterke Steuerstufe wegfällt, und Genosse Heinrich Stubbe begründete diesen wie einige weitere Änderungsanträge in trefflicher Rede, die teilweise Zustimmung auch bei den nachfolgenden bürgerlichen Rednern fand. Die Anträge unserer Genossen wurden dem Ausschuss, der den Gesetzentwurf prüfen soll, mit überwiesenen. Bei der Friedhofsvorlage, gegen die von dem Friedhofsdeputierten Köhn und unserem Genossen Guenther recht schwerwiegende Bedenken erhoben wurden, ließ die Mehrheit den Antrag auf Ausschussberatung fallen und bewilligte das von zwei Senatoren verteidigte sehr teure Projekt ohne nähere Prüfung, worüber sich die Bramfelder Grundstückspekulanten ins Jäufstchen lachen werden, besonders einer, der bei diesem Geschäft das nette Sümmchen von 850 000 Mk. „verdient“. Die Debatte brachte u. a. die fast überraschende Kunde, daß der Senat jetzt endlich dem vor drei Jahren auf sozialdemokratischen Antrag gefassten Bürgerschaftsbeschluss Folge leisten will, die staatliche Feuerbestattung einzuführen.

Neumünster. Selbstmord aus Furcht vor Strafe. In der Nacht zum Dienstag begab sich die in einem Kaufhause beim Diebstahl gefasste Schneiderin Dethlof nach ihrer Küche, steckte den Gaszylinder vom Kochherd in den Mund und vergiftete sich. Als der Ehemann erwachte und nach seiner Frau Umschau hielt, war der Tod bereits eingetreten. Furcht vor Strafe wegen der fünf Jahre und Tag ausgeführten Diebstähle wird das Motiv der Tat gewesen sein.

Neustrelitz. Brandstiftung. Das älteste und vielen Touristen bekannte Gasthaus in Neustrelitz, das „Britisch Hotel“, ist durch Feuer zum größten Teil vernichtet worden. Die noch stehenden Reste der Gebäude müssen, da sie schweren Schaden bei der Bekämpfung des Brandes durch Wasserstrahlmaschinen erlitten haben, abgerissen werden. Bei der von der Staatsanwaltschaft vorgenommenen Untersuchung wurden drei Brandherde entdeckt. Unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung wurde der Besitzer des abgebrannten Hotels, Krastky, Dienstagabend verhaftet.

Schwerin. Die Sanierung der Finanzen und Preisgabe der Verfassung in Mecklenburg. Der ständische Landtag in Mecklenburg, der sich bekanntlich aus Rittergutsbesitzern und Bürgermeistern zusammensetzt, hielt in dem Städtchen Sternberg eine außerordentliche Tagung ab und hat bei dieser Gelegenheit den von der Regierung verlangten Zuschuß zu den Kosten des „Landesregiments“ in Höhe von 1 400 000 Mark bewilligt. Der Großherzog hat in Mecklenburg bekanntlich die Kosten des Landesregiments aus seinen Einnahmen zu decken. Gegen diese Verpflichtung wehrte er sich schon seit langer Zeit, erhielt auch wiederholt einen Zuschuß; um aber die Finanzverhältnisse einer dauernden Regelung zuzuführen, sollte eben die Verfassungsreform vorgenommen werden, zumal die Bürgermeister in den letzten Jahren die großherzoglichen Forderungen wiederholt ablehnten. Beiden Teilen wäre mit einer Verfassungsreform gedient gewesen, dem Großherzog aus finanziellen Gründen, die Bürgermeister und die übrige Bevölkerung hätten eine Volksvertretung erlangt. Durch die jetzige Bewilligung ist wieder einmal die wirksamste Triebfeder einer Verfassungsreform außer Wirksamkeit gesetzt. Der Beschluss bedeutet einen förmlichen Verzicht auf weitere Bemühungen, in Mecklenburg endlich verfassungsrechtliche Zustände zu schaffen.

Oldenburg. Die Krankenkassenwahlen in Oldenburg aufgehoben! Das „Norddeutsche Volksblatt“ schreibt: Die Krankenkassenwahlen am Montag in der „Union“ in Oldenburg haben eine Beteiligung gefunden, wie sie wohl fast einzig dasteht. Schon von morgens 9 Uhr an, bei der Wahl für die Unternehmer, war ein enormer Andrang. Aufgeputzt durch das Geschrei der 38 bürgerlichen Vereine „gegen die Sozialdemokratie“ kamen die Unternehmer und die „Herrschaffen“ der Dienstboten und manch drockige Szene spielte sich dabei ab. Bei der Wahl für die Versicherer war schließlich der Andrang so gewaltig, daß an eine Bewältigung des Wahlgeschäfts nicht zu denken war, so daß schließlich die Wahl aufgehoben werden mußte. Was hervorgerufen worden verdient, ist die Wahlbeeinflussung der Herrschaffen gegenüber den Dienstboten. Man sah am Nachmittag Herrschaffen herbeieilen, die ihre Dienstmädchen zur Wahl führten und sie förmlich in das Wahllokal hineindrängten, den Stimmzettel in der Hand haltend. Und was hat man den Mädchen alles erzählt von der Sozialdemokratie. Vieles Aufwühlen der Massen wollen wir uns nicht entgehen lassen. Immer und immer wieder muß die Frage aufgeworfen werden, was veranlaßt die „Herrschaffen“ und deren Hintermänner zu dieser „Fürsorge“ für das Wohl der Arbeiter? Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, ja jedes Dienstmädchen muß sich sagen, diese „Fürsorge“, dieses plötzliche „Wohlfühlen“ ist mehr als verdächtig! Wie behandelt man

denn sonst die Dienstboten, wie rückt man weit ab von dem Dienstmädchen — und jetzt diese Fürsorge, dieses Wohlwollen! Darüber muß jetzt unter den Dienstboten Aufklärung geschaffen werden, dann ist das Aufwühlen der Massen nicht vergeblich gewesen.

Theater und Musik.

Der Chorverein errang mit seinem gestern abend im Gewerkschaftshaus veranstalteten Konzert einen schönen Erfolg, der sowohl in der Güte des Gehörten als auch in dem überaus zahlreichen Besuch zu erblicken ist. „Immer vorwärts, auf die Höhen“ ist jedenfalls das Motto des Chorvereins, dessen Darbietungen sich in der Zeit seines Bestehens wesentlich vervollkommen haben. Das Programm des geistlichen Konzerts war ein durchweg gelingendes; nur hätte man gern auf den süßlich-sentimentalen „Mutterlegen“ von Opladen mit seiner Drehorgelmelodie verzichten können. Von den Chören, die zum Vortrag gelangten, stellt Segars „Totenvolk“ die größten Anforderungen an die Sänger. Hier zeigte sich aber auch am deutlichsten der Fortschritt, den die Sängerschaft des Chorvereins gemacht hat. Gut nuanciert und in den verschiedenen Stimmungen wirksam abgetönt, von einigen kleinen Intonationschwankungen abgesehen, konnte man an der Wiedergabe der Ballade aufrichtige Freude haben. Ein wirklich dankbares, die aufgewendete Mühe lohnendes Gesangsstück ist allerdings das „Totenvolk“ nicht. „Des Liebes Kristall“, „Schön Gundula“, „Erste Rose“, „Das Röhrenrad“ usw. sind Chöre, die schon bekannt sind und deren Wiedergabe durchweg zu rühmen ist. Ungern haben wir auf dem Programm jegliches Kampf- oder Freiheitslied vermisst. Als Solisten waren Fräulein Lenbach sowie die Herren Mann und Dr. Parkem vom hiesigen Stadttheater gewonnen worden. Fräulein Lenbach sang mit ihrer klangreichen Altstimme, der gute Schluß und warmer Ausdruck eigen ist, drei Lieder von Brahms, „Die Seide ist braun“ von Franz und eine Arie aus „Samson und Dalila“, wofür ihr lebhafter Beifall zuteil wurde. Der leicht ansprechende frische Tenor des Herrn Mann kam in mehreren Liedern aus dem „Wasserschmied“ von Lorzing, in der Arie des Bassilio aus „Figaros Hochzeit“, Steuermannslied aus dem „Fliegenden Holländer“ und vor allem in der sehr schön vorgetragenen Cavatine aus „Carmen“ bestens zur Geltung. Von beiden Künstlern wurde besonderer Wert auf eine mutterhafte Aussprache gelegt. Herr Kapellmeister Dr. Parkem begleitete am Flügel in schmeichsamster Weise. Der Chorverein und sein trefflicher Dirigent, Herr Sulanke, haben gestern abend gezeigt, daß die Lübecker Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete des Chorgesanges Tüchtiges zu leisten imstande ist. Immer vorwärts, auf die Höhen!

Soziales.

Ortskrankenkassenwahl in Meissen. Bei der Ortskrankenkassenwahl in Meissen entfielen von 4911 Stimmen der Arbeitnehmer auf die Liste der freien Gewerkschaften 4489, auf die der Christlichen, Kirch-Dunkerischen und der nationalen Handlungsgesellschaften 265 und die der-Geiten ganze 177 Stimmen. Demnach erhielten die freien Gewerkschaften 27, die Christlichen 2, 2 Sitze und die Geiten 1 Sitz. Dieses glänzende Resultat wurde erzielt trotz der größten Anstrengungen der „Nationalen“. Außerdem gelang es den freien Gewerkschaften, einen Sitz von der Liste der Arbeitgeber zu erobern, so daß in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Meissen sich der Ausschuss aus 28 Vertretern der freien Gewerkschaften und 17 Vertretern der Arbeitgeber und der „Nationalen“ zusammensetzt.

Krankenkassenwahlen. Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse Freiburg, bei der von 16 800 Wahlberechtigten rund 9700 abstimmen, entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 4357 Stimmen, auf die der christlichen Gewerkschaften und sogenannten nationalen Vereine 5396. Die freien Gewerkschaften erhalten 27, die christlichen 33 Vertreter. Gegen die freien Gewerkschaften kämpften etwa 20 gegnerische Körperschaften. Den Ausschlag für die Christlichen gaben die Dienstmädchen, die von den katholischen Organisationen zur Wahl gebracht wurden. Der Wahlkampf war übrigens heftig. Bei der Wahl im Jahre 1911 erhielten die freien Gewerkschaften 2558 Stimmen und 100 Vertreter, die christlichen 1651 Stimmen und 64 Vertreter. Bei der jetzigen Wahl waren 3500 Versicherte mehr wahlberechtigt, jedoch die freien Gewerkschaften mit dem Resultat zufrieden sein können. — Bei den Ausschusswahlen zur kaufmännischen Ortskrankenkasse in Düsseldorf, dieser von den gegnerischen Handlungsgesellschaften bisher völlig beherrschten Kasse, eroberten die freien Gewerkschaften mit 652 Stimmen 14 Vertretersitze. Die unter Führung der Antisemiten vereinigten Gegner brachten es nur auf 705 Stimmen und 16 Vertreter. Der Erfolg der freien Gewerkschaften ist um so größer anzuschlagen, als von den Unternehmern unter Führung der Handelskammer und des allmächtigen Stahlwerkverbandes alles versucht wurde, der gegnerischen Liste zum Siege zu verhelfen. Der Stahlwerkverband sandte seinen zirka 400 Angestellten Stimmzettel und Flugblatt der Gegner im Kuvert zu. Die Handelskammer erließ ein offizielles Rundschreiben an die Kaufmannschaft Düsseldorfs, in dem auf die Wahl aufmerksam gemacht und sodann gesagt wurde: „Es werden von der Sozialdemokratie die größten Anstrengungen gemacht, um ihre Vertreter in den Ausschuss der kaufmännischen Krankenkasse zu bringen. Wir bitten Sie daher dringend, Ihre sämtlichen Angestellten zu veranlassen, ihr Wahlrecht auszuüben.“ — Das ist dieselbe Handelskammer, die Maßnahmen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie für notwendig hält. Der Unterzeichner ist liberaler Stadtverordneter in Düsseldorf. Die Gegner selbst hatten an den Ständesdünkel der Angestellten appelliert und erklärt, ihre Liste enthalte „nur Angestellte und keine Arbeiter, Puhrlauen usw.“, wie die Liste der freien Gewerkschaften. Trotzdem der Reinsfall!

Eine interessante Episode im Kampfe zwischen Ärzten und Krankenkassen. In Zittau (Sachsen) hat der Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen dazu geführt, daß die Krankenkassenvereinigung, der alle Kassen am Orte angehören, einen Vertrag mit drei österreichischen Ärzten abgeschlossen hat. Die größte Kasse, die allgemeine Ortskrankenkasse in Zittau, hat den Vertrag bereits unterzeichnet. Die österreichischen Ärzte wohnen eine Stunde von Zittau entfernt. Mit dem 1. Januar wird es also in Zittau zu einem offenen Konflikt zwischen den Zittauer Ärzten und den Krankenkassen kommen.

Krankenkassenwahlen in München. Am Sonntag wurden die Arbeitnehmerwahlen zum Ausschuss der Ortskrankenkasse vollzogen. Auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen 52352 Stimmen, auf die Liste der christlichen Gewerkschaften und des mit ihr verbundenen Mischmachers 81361 Stimmen. 260 Stimmen waren ungültig. Die freien Gewerkschaften erlangen demnach im Vorstand 9 Vertreter, die Christlichen 4. Der Wahlkampf wurde von den Christlichen

in geradezu beispielloser Weise geführt und der unerhörteste Terror getrieben. Sogar auswärtige Hilfskräfte hatten die Christlichen herangezogen. Angesichts dieser Tatsachen ist das Wahlergebnis als durchaus günstig für die freien Gewerkschaften zu bezeichnen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 3. Dezbr.

Bauern-Butter Pfd. 0,00—1,80 Mk., Melerei-Butter 1,50 Mk., Dosen 3,80—4,50 Mk., Enten Stück 3,50—4,50 Mk., Hühner 1,70—2,30 Mk., Rufen Stück 1,70—2,50 Mk., Lauben Stück 0,00—70 Pfg., Gänse Pfd. 83—95 Pfg., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60 Pfg., Würstl geräuchert, 1,40—1,60 Mk., Eier Stk. 12 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 30 bis 40 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfd. 2. Sorte — Pfd. 3. Sorte — Pfd., Blumentohl der Kopf 20—60 Pfg., Kürchen, hiesig, Pfd. 00—00 Pfg., eingeschaltete, Pfd. 00 Pfd., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,30, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,00 Mk., kleinere 0,90 Pfg., Aal, große Pfd. 1,20 Mk., mittlere Pfd. 00—80 Pfg., kleine Pfd. 00—60 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 50—80 Pfg., mittel 80—00 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 70—00 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Aalnd Pfd. 70 Pfg., Rotaugen, große Pfd. 00—30 Pfg., kleine Pfd. 20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. 50 Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butter, größere Pfd. 40—00 Pfg., kleinere 30—00 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80—100 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 3. Dezember 1913.

	gering	mittel	gut
	Mk.	Mk.	Mk.
Weizen	—	17,00—17,80	17,90—18,20
Roggen	—	14,50—15,00	15,10—15,40
Gerste, nach Qualität	—	14,50—15,50	—
Hafer, nach Qualität	—	15,00—15,50	15,60—16,00

höchsten über Notiz, per 100 kg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 3. Dezember.

Auftrieb 2000 Schweine. Markt langsam geräumt. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 66.— bis 66,50 (52,50 bis 53.—), mittlere schwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 66.— (— bis 53,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,50 bis 67.— (52,00 bis 52,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 66.— bis 67.— (51,50 bis 53,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60.— bis 65.— (45,50 bis 49,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 62.— (— bis 49,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 58.— bis 60.— (45.— bis 47.—) Mk.

Butter-Notierungen

5. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 3. Dezember.

1. Klasse 438 Drittel zu 136,66 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 42 „ 123,40 Mk.

Briefkasten.

B. Schwartzau. Zuschriften, die im redaktionellen Teil veröffentlicht werden sollen, müssen an die Redaktion adressiert sein. Was an die Expedition eingesandt wird, gibt eben als für den Inseratenteil bestimmt. Wer das nicht berücksichtigt, darf sich hinterher nicht beklagen, wenn nicht alles nach seinem Wunsch erledigt worden ist.

Literarisches.

Das Dezemberheft (Nr. 4) der **Lichtstrahlen**, monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von **Julian Borchart**, hat folgenden Inhalt: 1. Parlament und Sozialdemokratie. Von Franz Wehring. 2. Der Gebärstreik als soziales Kampfmittel. 3. Not aus Ueberflut. 4. Freiheit und Gleichheit. 5. Was ist Geschichte? — Die Feuerung. — Die „Lichtstrahlen“ erscheinen monatlich einmal und sind zum Preise von 10 Pfg. bei allen Zeitschriftenhändlern, Parteibuchhandlungen und Kolporturen, sowie beim Verlag, Berlin-Nichtersfelde 3, Hedwigstraße 1, zu haben.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche
Versicherungs-Altkien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

**Geöffnet: Wochentags
abends von 7½—9 Uhr.**

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere in „Lübecker Volksboten“

**Komitee und
Kommissionssitzungen**

Sitzung
der (9078)
**erweiterten Kommission
vom Gewerkschaftshaus
am Freitag, dem 5. Dezember**
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Konsumverein
für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Unser neues
Verwaltungsgebäude
Hansastraße 160
ist nahezu fertiggestellt.

Um unseren Mitgliedern Gelegen-
heit zu geben, die Einrichtung kennen
zu lernen, kann es am **Sonntag,
dem 7. Dezember**, von morgens
10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, be-
sichtigt werden.
Der Vorstand.
9090)

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. u. a.:

Leberhosen . . . 2.20-6.45
Maurerhosen . . . 2.60-6.75
Schlosserhosen . . . 1.88-5.25
Überziehhosen . . . 1.08-2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25

Leinene Jacken, Strümpfe u. gerabe,
1.28, Rajen, Hemden, Schlach-
terjacken, Friseurjacken, Malermäntel
erkäuflich billig. Mützen von 30
Pf. bis 1.88 Mf. Note Lubecan.

Treffe am **Freitag** mit einem Waggon schöner
italien. Tafeläpfel
in **Schwartau** ein und verkaufe zu billigen Preisen
am Bahnhof. Obsthändler **E. Wulf**,
Guttau.

Allerfeinste Pflanzen-Margarine
Pfund 78 Pfg.

Mein stetig steigender Umsatz beweist die Güte meiner Ware.
Am **Freitag, Sonnabend und Sonntag**
1 echte Porzellan-Tasse gratis.
Verkauf von der Diele Huxstraße 83-85
im Hause Oldekop. (9106)

Ragoda Tausendfach bewährtes
**selbstfräiges
Schnell-Waschmittel**
Unübertroffen! 1 Pfund nur 55 Pfg.
Sehr viele Anerkennungs-schreiben.

Waisen-Hof Jeden Freitag:
Gr. Tanzmusik
Anfang 8 Uhr. (6569)

Frühes
Kommen sichert
Platz.

Alles staunt, alles lacht,
alles amüsiert sich im
Waldschlösschen.

Waldschlösschen
Bad Schwartau.
Sonnabend, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, und
Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 4 Uhr:
Gr. Schlachtfest
mit Bomben-Ueberraschungen und musik. Vorträgen.

Mache das geehrte Publikum darauf aufmerksam, daß dies
von mir entrierte Schlachtfest
(16 mit Wurst und Schweinen ausdekorierte Lauben)
einzig in seiner Art ist, in Schwartau, Lübeck und Umgegend
noch nicht gesehen und ohne Konkurrenz dasteht. (9105)

Spezialität: Blut- und Leberwurst, Weißfleisch, Schwarzsauer,
Eisbein mit Sauerkohl und Erbseypüree.

Die Dekoration mit 15 Lauben und mehreren Verkaufs-
paravols mit der dazugehörigen Reklame, Zugkraft ersten
Ranges, ist an Wirt und Vereine sehr billig zu vermieten.

Die neueste Errungenschaft
auf dem Gebiete der Margarine-Industrie ist
**Ohlens
Export-Butter**

**Margarine
pro Pfund nur 90 Pfg.**

Dieser einzige wirkliche Butter-Ersatz ist geeignet, die teure Meierei-
butter überflüssig zu machen. Ein Versuch wird jede Hausfrau leicht da-
von überzeugen. Versäumen Sie daher nicht, am
Freitag, dem 5. u. Sonnabend, dem 6. Dezember
wo ich zur Einführung meiner
Export-Butter-Margarine
auf jedes Pfund

Gratis eine sehr hübsche **Gratis**
Porzellantasse

zugebe, diese in Geschmack und Aroma von Meiereibutter nicht zu unter-
scheidende Ware zu versuchen.

Hochachtungsvoll

Friedrich Ohlsen
Butter-Geschäft

Huxstraße 30	Lübeck	Huxstraße 30.
Eutin	Lütjenburg	Bad Oldesloe
Peterstraße 11.	Teichtorstraße 3.	Hude 6.
Preetz	Plön	Neustadt
Langebrückstraße 2.	Langestraße 56.	Kremperstraße 119.

9071

Achtung!
Deutscher Bauarbeiterverband.
Mitglieder-Versammlung
am **Freitag, dem 5. Dezember**
abends 8 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Tages-Ordnung:

- I. Bericht vom Verbandstag.
- II. Die Tarifverhandlungen mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes.
- III. Innere Verbandsangelegenheiten.
- IV. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist voll-
zähliges Erscheinen unbedingt notwendig.
Der Vorstand.
9096)

Auf zur Blütenpracht
Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr.

Eröffnungstag des Blütenfestes unter gebl. Mitwirkung der
Siebertafel Hansa mit nachfolgendem **BALL** in den 16 blumen-
geschmückten Lauben der
Centralhallen
wie Liebeslaube, Verlobungsdecke zum sanften Sappel usw.
Eintritt Herren 60 Pf. Damen frei.
NB. Die Eröffnung findet nicht, wie in der Voranzeige erwähnt,
am Donnerstag statt, sondern am Freitag, dem 5. Dezember.

Hansa-Halle.
Freitag, den 5. Dezember 1913:
Gr. Konzert u. Ball
der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts 8 Uhr, des Balles 9 Uhr.
Es laden freundlichst ein
John Rieck. Die Hauskapelle.
Eintritt 50 Pf. 9097

Turnhallen-Bauverein e. V.
General-Versammlung
am **Freitag, dem 5. Dezember**
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Entlastung
des Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Unterhaltungsabend 1915.
4. Verschiedenes. (8959)

Frauen-Verein
Stockelsdorf und Umgegend.
2. Theater-Abend
sowie
25 jährig. Bühnenjubiläum
für **H. Westphaling**
unter gütiger Mitwirkung d. Sänger
der Fackenburg Liedertafel
am **Sonntag, d. 7. Dezember**
im **Gesellschaftshaus F. L. Paetau**
in **Fackenburg.**
Karte 20 Pfg.,
Kinder in Begleitung 10 Pfg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das Komitee.
9076)

Arbeiter-Abstinenzbund
Die Versammlung am 5. Dez.
fällt aus.
Am **Sonnabend, 6. Dezember**
abends 8 Uhr
**Unterhaltungsabend
mit Tanz**
im „Gewerkschaftshaus“
(kleiner Saal).
Der Vorstand.
9091)

Seeretz.
Gasthof Zur Börse.
Sonntag, den 7. Dezember
Großer Ball.
Anfang 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Ernst Wendt.
Sonnabend, d. 13. und Sonntag,
den 14. Dezember:
**Verkegeln
von
Weihnachtsstärpfen.**
Lübecker
Lehrer-Gesangverein.

Volkskonzert
am **Sonntag, 14. Dezember**
9074) abends 8 Uhr
im **Kolosseum.**
Solist: Herr **M. Menge**, Hamburg
(Violine.)
Eintrittskarten à 50 Pfg. (num.) und
30 Pfg. bei Herrn Redakteur **Stelling.**

Neues Stadttheater.
Donnerstag, den 4. Dezember 1913.
68. B. i. Voll-Ab. 12. B. i. Donnerst.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Neuheit! Neuheit!
Der lebende Leinwand.
Drama von Leo Tolstoj.
Wittelpreise. (9077)
Freitag, den 5. Dezember 1913.
69. B. i. Voll-Ab. 12. B. i. Freitag-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper von Rossini.
Hierzu 2 Entlagen, gesungen von
Ada Pellny.
Große Preise.
Sonnabend, den 6. Dezember 1913:
70. B. i. Voll-Ab. Außer Sonnabend-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Einmaliges Gastspiel
des Charakter-Komikers
Carl William Bühler:
Der Registrator auf Reisen
Bosse von A. Arronje u. v. Moser.
Wittelpreise.
Gutscheine zu Geschenkzwecken
sind an der Theaterkasse zu haben.

Die Vorgänge in Zabern vor dem Reichstage.

Berlin, den 3. Dezember 1913.

181. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, v. Falkenhahn, Delbrück, Unterstaatssekretär Mandel.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Elsässer.

Röfer (Sp.) bepründet die volksparteiliche Interpellation. Unsere Interpellation dient dem Wunsche, uns ähnliche Erschütterungen in Zukunft zu ersparen. Alle diese Erscheinungen sind hervorgerufen von dem Geiste, der einen Leutnant und 10 Mann veranlaßte, um den Reichstag aufzulösen. (Lebh. Zustimmung links; Lachen rechts!) Diese Ereignisse sind der Arme eines Kulturstaates unwürdig. (Lebh. Zustimmung links.) Gegen sie protestiert nicht nur die einheimische, sondern auch die altdeutsche Bevölkerung der Reichslande. Alle friedlichen Bestrebungen sind durch eine militärische Willkürherrschaft niedergestuzt. Daß der Ausdruck Wades für die elsäß-lothringische Bevölkerung eine beleidigende Beschimpfung ist, hätte auch Leutnant v. Forstner wissen müssen; schon im Jahre 1903 ist ein Regimentsbefehl erlassen worden, der den Offizieren den Gebrauch dieses Ausdrucks verbietet, und der auch allen neuereintretenden Offizieren mitgeteilt wird. Er trägt auch den Vermerk: „Kenntnis genommen. v. Forstner.“ (Lebh. Hört, hört!) Trotzdem hat dieser Herr die elsäßlichen Rekruten täglich als „Wades“ bezeichnet, sie mußten sich bei ihm mit den Worten melden: „Ich bin ein Wades.“ (Zurufe: Unerhörte!) Das ist ein unerhörter Mißbrauch der Dienstgewalt, eine Herabwürdigung der Wertschätzung der Armee. (Lebh. Zustimmung links.) Viel zu spät kam die abschwächende Erklärung, wie v. Forstner das Wort gemeint haben wollte. Bemerkenswert ist, daß viele Offiziere a. D. und altdeutsche Beamte mit der Bevölkerung in bestem Einvernehmen leben. Auch von den aktiven Offizieren haben nur der Oberst und vier der jüngsten Leutnants die Sache durchgeführt. (Lebh. Hört, hört!) Redner schildert dann den Hergang der bekannten Ereignisse und Verhaftungen, wobei auch ein neugieriger Junge ergriffen wurde, der ein Heft holen wollte (Heiterkeit), ebenso der Redakteur des „Zaberner Anzeigers“, des einzigen konservativen Blattes in Zabern. (Heiterkeit.) Die Verhafteten wurden in einen engen Kohlenkeller ohne Heizung und Lüftung gesperrt, wo sie nicht einmal austreten durften und ihren Angehörigen keine Nachricht geben konnten. (Entrüstete Zurufe: Ruffische Zustände!) Der protestierenden Zivilverwaltung erklärte der Oberst, er habe nach niemandem zu fragen, er handle auf höheren Befehl. (Lebh. Hört, hört!) und große Unruhe; Glocke des Präsidenten.) Erst gegen Mittag wurden die Verhafteten unter Begleitung von je vier Bajonetten zu dem Zivilrichter gebracht, der ihre sofortige Freilassung anordnete. Trotzdem die Zivilverwaltung den Obersten wissen ließ, sie übernehme im Einverständnis mit dem Ministerium in Straßburg die volle Verantwortung für die Mißachtung der Ordnung, entsetzte er nicht die Militärpatrouillen von den Straßen. (Lebh. Hört, hört!) Selbst nach den militärischen Vorschriften war das ganze Vorgehen unberechtigt. Recht und Gesetz wurden verletzt, weil über das prozessierende Auftreten der Offiziere gelacht wurde. Ja, mußte nicht jeder Mensch lachen, wenn sich v. Forstner beim Zigaretteinkaufen von 4 Bajonetten begleiten läßt, und wenn bewaffnete Soldaten kleinen Kindern nachlaufen? (Zust. links.) Alles im Lande ist empört, das beweisen auch die Kundgebungen der Bürgermeister und ganz gemäßigter Parteien und Vereine. Die Aufregung darf nicht immer wieder durch Scherzreden und die Anündigung von Ausnahmemaßnahmen vergrößert werden. Unser Land, das stolz ist auf seine freiheitliche Vergangenheit, kann durch eine derartige Politik, wie sie sich hier wieder zeigt, nur aufgeregt werden. Wir verlangen Recht und Gerechtigkeit! (Beifall links.)

Peirotes (SD.) begründet die sozialdemokratische Interpellation. Unsere Debatte hier im vorigen Jahre über die damals geplanten neuen elsäßlichen Ausnahmegeetze hat dazu beigetragen, der Regierung ihre reaktionären Pläne etwas auszutreiben, und wir hoffen, daß die heutige Aussprache dazu beitragen wird, daß die alte militärische Willkür aufgehört. Es ist unklar, daß die Sozialdemokratie sich über die Zaberner Vorgänge freue, weil sie vom Skandal lebe, nein, wir wollen Frieden und friedliche Abwicklung des sozialen Klassenkampfes. (Zust. bei den Soz.) Man hat von einem nationalisistischen Komplott gesprochen. Allerdings, der Militarismus, der den Hauptmann von Köpenick und den Mann von Straßburg hervorgebracht hat, imponiert uns im Elsaß nicht, aber man weiß die Sache von der Person zu trennen. Das Verhältnis zwischen Zivil und Militär ist überall gut, und Zabern ist die deutschfreundlichste Stadt im Elsaß und war es schon in der französischen Zeit. — Die Auslobung der 10-Mark-Prämien für das Niederstechen eines „Wades“ war eine Prämie auf Todschlag, eine Aufforderung zur Gesetzesübertretung. Der kargbezahlte Sergeant, der noch einen Taler dazu geben wollte, ist ein anderes Mal weniger tapfer gewesen, als er nämlich, vor die Wahl gestellt, ob er lieber Prügel haben oder sich als Elfenstein benutzen lassen wolle, das letztere vorzog. Der Oberst v. Reutter hat zur Niederkämpfung der 8000 Zaberner 45000 Patronen verteilen lassen. Bereits zwei Tage vor der Entschuldigungsrede des Kriegsministers hat sich das Militär entgegen dem Willen der Zivilverwaltung Polizeigewalt angemahnt und natürlich mußte diese Entschuldigungsrede den v. Forstner und seine Geistesverwandten ermutigen, in derselben Weise fortzuführen, wie das dann tatsächlich am Tage dieser Rede geschehen ist. (Zust. links.) Die Bevölkerung soll über den Leutnant gelacht haben. Ja, sollte sie nicht lachen, wenn vier Mann mit aufgepflanztem Bajonett hinter dem Leutnant herlaufen müssen, wenn er sich Pralinensucht? Straßensoldaten, Fortbildungsschüler, die noch viel jünger sind, als der Herr Königsleutnant, haben ihm auf der Straße „Bettbesäuerer“ nachgerufen. Nun, das hat sich der Leutnant selbst zuzuschreiben, ihm sind solche Dinge passiert. Dann aber sagt er den Soldaten in der Instruktion: „Auf die französische Fahne könnt ihr ...“ Die Elsässer haben einen gallischen Einschlag und lachen über solche Dinge. Hätten sie einen Browning nehmen und den Leutnant niederstießen sollen? Das wäre ja auch eine Antwort gewesen, aber sie haben nur gelacht. Wenn der Leutnant sich beleidigt fühlt, dann hat er, wie wir alle, zum Zivilrichter zu gehen, man hat aber auf dem Schloßplatz vor 15 oder 20 Leuten 50 Soldaten aufmarschieren lassen — eine eigentümliche Art von Kriegsbetätigung! Da wird scharf geladen, das erste Glied muß niederknien, das zweite anlegen, und der Herr Oberst — kein 20jähriger Leutnant — der Herr Oberst steht dahinter und kommandiert hinter der Front. (Heiterkeit bei den Soz.) Der Gipfelpunkt des Militarismus ist dadurch erreicht worden, daß Herr v. Forstner mit dem Säbel einen lahmen Schuhmacher kriegsunfähig gemacht hat. Tatsache ist, daß in Zabern die Säbelbittatur geherrscht hat. Man muß die Ruhe der Bevölkerung bewahren, daß sie das alles auf sich genommen hat. (Sehr wahr! links.) Das Militär hat nach meiner Meinung direkt Hochverrat begangen. (Sehr wahr! bei den Soz., Unruhe rechts.) Will man das nicht annehmen, dann ist es nervöser Verfolgungswahn. Wenn man gegen Schulkinder eine halbe Kompanie aufstellt, wird man im Kriege gegen eine feindliche Patrouille ein ganzes Armeekorps brauchen. Wenn das deutsche Heer keine besseren Krieger hat, als die von Zabern, dann bedauere ich den Herrn Kriegsminister. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsanwalt hat am Montag erklärt, daß die Autorität der Geetze geschützt werden soll. Von dem Rechte, das mit uns geboren ist, war leider nicht die Rede. Bedarf es denn angesichts solch offenkundiger Tatsachen überhaupt noch

einer Untersuchung? Ein solches Auftreten des Militärs wäre nur beim Belagerungszustand möglich, der vom Kaiser oder auf Verlangen der Zivilgewalt verhängt wird. Darum sind die Zaberner Vorgänge einfach Anarchie innerhalb dieses Reiches der Ordnung und der Gerechtigkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch die Beschönigungsrede hat sich der Kriegsminister zum Mitschuldigen der Vorgänge gemacht, die sich nachher ereigneten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Um 4 Uhr nachmittags hatte von Forstner bereits Nachricht davon, daß der Kriegsminister ihn gedeckt hatte und abends um 7 Uhr ist er dann Schokolade kaufen gegangen. War denn der Kriegsminister überhaupt orientiert? Hätte General von Deimling ihm die Akten über den Fall Zabern mitgeteilt, dann hätte er sich nicht solche Schmeicheleien kommen lassen können. Wenn von Forstner wirklich den verächtlichen Sinn des Ausdrucks „Wades“ nicht gekannt hätte, dann müßte er also im allgemeinen aufgefordert haben, die Elsässer alle niederzuschlagen. In einer Erklärung des Infanterieregiments 99 im Zaberner Anzeiger vom 8. November steht, daß der Offizier nur wirklich Wades, also zu Schlägereien geneigte Elemente mit der Aufforderung gemeint habe. Die Rede des Kriegsministers beweist wieder einmal die Weltfremdheit der Offiziere, denn der Minister selbst will nach vierjährigem Aufenthalt im Elsaß den Ausdruck Wades nicht gekannt haben. Und der ungeschuldige Engel von Forstner würde vielleicht nicht so gesprochen haben, wenn er gewußt hätte, daß es an die große Glocke käme. Im Kaiserhof kann man also die ganzen Elsässer in der schäblichsten Weise beschimpfen, da kann man zum Todschlag auffordern! Die Aufforderung zum Niedererschlagen der Wades erinnert an das Streifbrotwort: Wir können uns alles erlauben, wir können auch einen Totschlag. — Der Kriegsminister sagte: Jugend hat keine Tugend! Aber muß ein Mann, der sich so wenig beherrscht, daß er Speisekarten mit dem Degen aufspießt, weil das französische Wort „Foularde“ draußt (Große Heiterkeit), ausgerechnet ins Elsaß kommen? Und sind die Rekruten älter als dieser Leutnant? Sind die Rekruten vielleicht, weil sie nicht die vorzügliche Erziehung des Leutnants genossen haben (Sehr gut! bei den Soz.), besser in der Lage zu beurteilen, was sie zu tun haben und was nicht? Der Minister erklärte aber, das, was sich die Rekruten erlaubt haben, dürfe in der Armee nicht geduldet werden! Wo bleibt die Milde gegen diese ganz jungen Rekruten? Warum hat der Kriegsminister nicht darauf hingewiesen, daß Vorgesetzte, die Untergebene beleidigen, mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren bedroht werden? Der Kriegsminister dekretiert zweierlei Recht! Er ist verantwortlich für die Dinge, die im Heer passieren. Die Rekruten sollen durch Preisgabe von Dienstgeheimnissen den Fahnenredern gedrohen haben; seit wann sind schredliche Beschimpfungen von fast zwei Millionen Menschen durch einen unruhen Burden Dienstgeheimnisse? Man soll den Fahnenredern doch nicht zu einer Jarce herabwürdigen! (Präsident Knappf: Sie dürfen den Kriegsminister nicht beleidigen!) Diese Worte richten sich gegen den Oberst von Reutter, dieser hat vom Bruch des Fahnenreders gesprochen. Die Soldaten müssen lachen für die forstnerische Stillübung. Man hat gesagt, die elsäßischen Rekruten sollten an die russische Grenze verlegt werden. Nun, da könnten sie wenigstens die ostelbische Kultur kennen lernen. (Stürmische Zurufe rechts.) Sie begreifen nicht, daß über ein Wort eines Leutnants eine solche Aufregung im ganzen Lande herrscht. Dieses Wortlein war ja nur der Tropfen, der das Glas zum Überfließen gebracht hat, der Punkt, der in das Pulverfaß gefallen ist. Seit Jahrzehnten wird das elsäßische Volk in den Kasernen beschimpft. Ueber den einen Leutnant hätten wir uns wahrhaftig nicht aufgeregt, denn hätten wir vielleicht ein großes wollenes Tuch gekauft, um ihn einmal trocken zu legen. (Stift. und Sehr gut! links.) Aber daß man ihn nicht sofort verlegt hat, beweist, daß die ganze Militärbehörde mit ihm solidarisch fühlt; weil die Verabschiedung des Obersten ge-

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(80. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Aber rede doch nicht so, Maria. Wer kann dir eine Blamage nachsagen?“

„Dann also keine Blamage. Kenne es, wie du willst, aber laß mir bitte den Arzt außer'm Spiel, Tante.“

„Ja doch, gewiß Kind, nur nicht aufregen. Jetzt legst du dich ein bißchen hin, nicht wahr? Dann trinken wir beide Kaffee und später begleitest du mich — na, rate einmal wohin?“

„Zum raten habe ich nun wirklich keine Stimmung, Tante Christine.“

„Auf das Rathaus. Man redete mir zu, zum Oberbürgermeister zu gehen.“

„Wegen meiner Sache?“

„Wegen deiner Sache. Er als erster Beamter und Würdenträger der Stadt, steht auch über dem Theaterdirektor, und es ist zweifellos, er wird sich deiner annehmen. Um 5 Uhr sollen wir dort sein.“

Rechtzeitig machten sich die beiden Damen auf den Weg und wurden, da vorher angemeldet, auch sehr bald vorge-

lassen. Der Oberbürgermeister, Dr. Rinkleben, ein leidlich jovialer Herr, ließ sich nun zunächst von Tante Christine den Fall haarklein erzählen, dann erfolgte, unter Aufsicht des zweiten Bürgermeisters, eines widerwärtigen, superflugen Bureaukraten, eine Rechtsbelehrung, daran anschließend das „Verhör“.

Dr. Rinkleben begann: „Sie wissen, Fräulein, daß es eine außerordentlich schwere Anklage ist, die Sie da gegen einen Bürger der Stadt, einen durchaus wohlbeleumundeten Mann erheben. Käme es zu einer ersten Streiffrage, von der ich aufs entschiedenste abrate, so müßte natürlich, da Sie fremd hier am Orte sind, zunächst auch über Ihr Vorleben genaue Erkundigung eingezogen werden.“

„Genaue Erkundigung.“ bestätigte der zweite Bürgermeister, Herr Schuster, und schaute dabei Maria durch seine Brille so durchdringend an, als wollte er sagen: „Du, du bist nur eine Theaterpflanze — deine Antezedenzen? Ueberlege dir noch einmal, ob du's wagen kannst.“

„Selbstverständlich trübe Herrn Direktor Ustmann, würde er des Un glaublichen überführt, eine schwere Strafe.“

„Verstehen Sie: Würdener überführt,“ bestätigte Herr Schuster.

„Eine ebensolche aber auch Sie, sollten Sie den Beweis nicht erbringen können, sich somit also Ihre Behauptung als eine verleumdende herausstellen,“ erklärte Dr. Rinkleben.

„Merken Sie genau auf alles,“ jankelte der zweite Bürgermeister wieder durch die Brille — „Sollten Sie den Beweis nicht erbringen können.“

„Welchen Zeugen, welche Beweise,“ fragte Dr. Rinkleben, „würden Sie denn für die Wahrheit dessen, was Sie auszusagen hätten —“

„Hätten,“ unterbrach wieder Herr Schuster, „hätten — ich nehme noch nichts zu Protokoll.“

„Welche Zeugen würden Sie vorzuschlagen haben?“ wiederholte der Oberbürgermeister.

„Zeugen? Ach Gott,“ antwortete Maria, schon halbwegs verwirrt, „da wäre höchstens der Mann, der vorüberging, als Herr Direktor Ustmann mich mit jener frivolen Abfertigung auf den Korridor hinausjoh.“

„Welcher Mann? Wer war der Mann, wie hieß er, was hatte er da zu suchen?“ examinierte scharf Herr Schuster und zwar mit einer Geschwindigkeit, daß das Ohr des schon halbwegs eingeschüchterten jungen Mädchens kaum die Fragen in sich aufzunehmen imstande war.

Maria schwieg denn auch zunächst, um keine unpräzise Antwort zu geben, doch wurde ihr Zögern schon übel gedeutet, indem Herr Schuster drängte:

„Ja, Fräulein, wenn Sie aber das nicht wissen — so reden Sie doch. Wer war der Mann?“

„Das weiß meine Nichte selbst nicht genau,“ legte Tante Christine sich ins Mittel, da sie zu bemerken glaubte, daß Maria wieder mit innerer Erregung kämpfte.

„Was, das weiß das Fräulein nicht, sie ist nicht auf ihn zugeprungen, sich seiner Person zu vergewissern?“

„Aber verehrter Herr,“ entgegnete Tante Christine überlegen, „ein junges Mädchen in solcher Situation — nichts mag ihr wohl ferner gelegen haben, als da zu — springen.“

„Freilich, Sie haben nicht Unrecht,“ bestätigte der Oberbürgermeister Tante Christines Aeußerung. „Bitte, lieber Kollege,“ wendete er sich dann, seine offenbare Mißbilligung nicht ganz verhehlend, zu Herrn Schuster, „überlassen Sie die fernere Fragestellung mir. — Würden Sie denn, Fräulein,“ ergingen seine Worte wieder an Maria, „in der Lage sein, diesen Mann noch ausfindig zu machen, sich seines Zeugnisses zu verschaffen?“

„Allerdings, das könnte ich,“ erklärte müde, fast schon gleichgültig Maria. „Herr Wernicke, ein Kollege von mir, wäre sicher bereit, mir den Namen des Mannes, den nur er kennt, zur Verfügung zu stellen. Aber — Tante,“ raunte sie, mit Mühe das Weinen unterdrückend, dieser zu, „es war

doch nicht von mir beabsichtigt, mein Mißgeschick zu einer Streiffrage auszubauen. Um Gottes willen, mein Kopf! Ich verliere noch den Verstand darüber.“

„Ja ja, Kind, ich weiß ja,“ beruhigte Tante Christine, „und — möchte auch die Herren höflich bitten, von dieser inquisitorischen Form meiner Nichte gegenüber abzustehen. Sie sehen, wie schwer sie unter der Sache leidet. Unsere Bitte sollte ja nur die sein, daß der Herr Oberbürgermeister seinen Einfluß geltend mache und den Herrn Direktor Ustmann bedeuere, wie schmachlich und — nehmen die Herren das harte Wort nicht übel — ehrlos es ist, wenn ein Mann Beleidigungen gegen ein Mädchen dadurch zum Verbrechen steigert, daß er, aus Rache, ihren Lebensweg zerstört.“

Eine Pause folgte diesen energischen Worten Tante Christines. Sie benutzte dieselbe, um Maria in das Wohnzimmer zurückzubegleiten, besand sich aber im nächsten Augenblick schon wieder kampfbereit den beiden Stadtoberhäuptern gegenüber.

Gern hätte wohl der zweite Bürgermeister versucht, durch spitzfindiges Hin und Her die alte Dame mundtot zu machen, jedoch — höchstens konnte er noch durch frechende Blicke seinen Zweck verfolgen. Die Rede war ihm durch die Autorität seines vorgelegten Kollegen abgeschnitten.

„Sie meinen also,“ hub dieser nach einiger Ueberlegung an, „ich soll Herrn Direktor Ustmann, der, wie gesagt, bisher als guter Bürger unserer Stadt galt, und es ohne allen Zweifel auch ist —“

„Sie möchten ihn bitten, Herr Oberbürgermeister,“ unterbrach Tante Christine, „daß er sein Unrecht gegen meine Nichte gut mache und sie angemessen beschäftigt, wie ihr ferneres Fortkommen das erfordert. Es ist hier das Recht auf Arbeit, das meine Nichte verfechten muß, zu dem zu verhelfen wir Sie, Herr Oberbürgermeister, artig und inständig bitten, das wir aber auch weiter noch suchen würden, falls Ihre gütige Vermittlung verjagen sollte.“

„Um, wie würden Sie das?“ entfuhr es boshaft den Lippen des Herrn Schuster.

„Der Weg der Offenlichkeit steht jedem frei,“ entgegnete Tante Christine bestimmt, „und, wenn man nichts mehr zu verfechten hat —“

Es mochte etwas in diesen Worten liegen, in der Art, wie sie gesprochen wurden, was dem Oberbürgermeister doch nicht so ganz gleichgültig zu sein schien. Einigenmaßen verbucht schaute er zunächst auf die Sprecherin, dann auf seinen subordinierten Kollegen, der, nun vollends zum Explodieren bereit, das ja und keinen anderen Zeitpunkt für seine empörten Blicke mehr ausfindig zu machen wußte, als die Fremderede.

(Fortsetzung folgt.)

fordert wurde, wurde dieser, der wegen anderer Dinge bereits den Abschied hatte, wieder zurückgerufen. Deshalb ist neben dem Kriegsminister auch Herr Deimling, der Sieger vom Hererolande, der wahre Schuldige an diesen Dingen. Ausgerechnet diesen Typus einer übermütigen Goldateska hat man zu uns geschickt! (Stürmische Unterbrechungen rechts.)

Präsident Kämpf bittet den Redner, sich zu mähtigen. **Peitotes:** Herr Deimling redet frisch, fromm, schlicht und sojäh darauf los. Mollte verstand in sieben Sprachen zu schweigen, Herr Deimling aber redet in vierzehn Sprachen (Heiterkeit), er redet überall, und sein Schluß lautet immer: Vergessen Sie doch nicht, daß Elsas-Lothringen früher zu Frankreich gehört hat, daß wir 300 000 Landsleute in Frankreich haben, daß noch heute Jahr für Jahr Hunderte unserer Landsleute nach Frankreich wandern, weil sie in den Reichslanden ihr Brot nicht finden. Das sind unsere Brüder, und da wird uns beständig gesagt: Verhaut sie!, ohne daß der geringste Anlaß gegeben ist. Aber der jüngste Leutnant gilt bei uns eben mehr als Ruhe und Frieden. Ein Vertreter der Regierung erklärte vor 7 Monaten, die Regierung ziehe mit der Militärverwaltung an einem Strange. Ob das auch heute noch der Fall ist, weiß ich nicht, aber jetzt kann man in Reichslande nicht mehr von einer militärischen Nebenregierung sprechen, sondern die Armee ist die Regierung, das Militär bedeutet alles, und das Zivil nichts. Der Bezirkspräsident von Elsas-Lothringen wurde auf Veranlassung der Militärverwaltung gestürzt, ein General rühmte sich, er habe die Verfolgung der reichsständischen Sportsvereine veranlaßt, der Vizepräsident von Mülhausen wurde verjagt, weil er mit dem Generalmajor in Konflikt geraten war, der Kampf um die Jagdscheine für Ausländer ist vom Militär inkonsequent worden, es existiert ein Korpsbefehl, wonach Elsas-Lothringer sich nicht in Vertrauensstellungen in der Armee befinden sollen, in Schlettstadt entrückte sich jüngst ein Hauptmann, daß acht Oberjäger Elsäßer seien. (Lebh. hört, hört!) Ich könnte noch viele Uebertreibungen anführen, die immer darin gipfeln, das Volk unter die militärische Krute zu bringen, für ein solches System ist allerdings Herr Deimling der richtige Mann. Er trägt die Schuld dafür, daß die persönliche Freiheit der Bürger in den Reichslanden nicht garantiert ist, daß in Elsas-Lothringen von dem Militär Geheiß und Recht mit Füßen getreten werden, und wenn der Reichskanzler jetzt nicht zugreift, so ist aller Welt klar, daß in Deutschland nicht das Geheiß, sondern die Diktatur des Säbels regiert. Freilich ist es fraglich, ob der Reichskanzler zugreifen kann, denn das Militär ist stärker als er; aber er sollte dem Kaiser sagen, daß er die Verantwortung für solche Dinge, die an das 16. Jahrhundert erinnern, nicht länger tragen kann. (Lebh. Zustimmung links.) Unter allen Umständen muß Genugthuung gewährt werden für das Elsas-Lothringische Volk. Als die eingewanderten Deutschen bei uns einmal als Hungerleider bezeichnet wurden, was kein Vernünftiger billigte, war der Staatsanwalt gleich zur Hand und erzielte eine schwere Strafe, obwohl nur im ganzen drei Mann sich beleidigt fühlten. Jetzt ist ein ganzes Volk beleidigt worden, dreißig Leute sind unehelich verhaftet worden, und wir verlangen Bestrafung wegen dieser Geheißverletzung, und verlangen Bestrafung der Hochverräter. (Lärmende Unterbr. rechts.) Ein sitzender Mann: Das ist das stolze Wort: „Civis germanus sum.“ Er wollte andeuten, daß der Deutsche mit Stolz sich als Glied des herrlichen Deutschen Reiches fühlen sollte. Die Zaberner Bürger haben einen Vorgesetzten dieser Herrlichkeit erhalten, als sie in den Bandurenfeller gesperrt wurden. Und was den Zabernern heute passiert, kann morgen jedem anderen passieren. Wenn in Venezuela einem Deutschen der Hut eingetrichtert wird, erhebt sich hier ein großer Sturm, dann ist die deutsche Ehre bedroht, dann muß ein deutsches Kriegsschiff in See stechen, um die Deutschen zu schützen. Soll der Deutsche innerhalb des Reiches denselben Schutz nicht genießen? (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler hat dafür zu sorgen, daß für die Beschimpfungen Genugthuung gewährt wird, daß die Hochverräter bestraft werden. Sonst wird man im Auslande den Civis germanus nur verächtlich ansehen, und Deutschland wird hinter Venezuela und Mexiko marschieren.

Präsident Kämpf: Ihre Ausführungen sind beleidigend für den Reichskanzler und das deutsche Volk. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Peitotes: Ich will gerade das deutsche Volk vor Beleidigungen im Auslande schützen. Darum, Herr Reichskanzler, holen Sie nach, was Sie und Ihre Vorgänger bisher verjagt haben; betrauen Sie die Schuldigen von Zabern, und arbeiten Sie mit uns an der Umgestaltung des Deutschen Reiches zu einem modernen reichheitlichen Staatswesen. (Lebh. Zustimmung links.)

Die Interpellation Deßor und Gen. (Els.) begründet **Hauß (Els.):** Der Reichskanzler ist jetzt wohl überzeugt, daß er mit dem Eingreifen zu lange gesäumt hat. Kaum waren am Freitag die Worte des Kriegsministers durch die Telegraphen in das Reich hinausgetragen, als neuer Mut die Brust der kriegerischen Herren schwellte und sie in der friedlichen Vogelstube hausten wie eine wildgewordene Katze. Der Oberst war der Anführer, der kommandierende General harrt ihnen den Rücken, und der Kriegsminister entschuldigt den Urheber mit seiner Jugend. Eine beruhigende Erklärung hätte alles gemindert, hat dessen hat der Oberst den Leutnant in Schutz genommen. Herr v. Forstner hat die Elsäßer im Regiment schon lange systematisch beleidigt und inkonsequent. Dieser Oberst, der sofort die Ruhe verliert, hat auch schon geschwindig gehandelt, als er einen Offizier mit 6 Leuten in die Redaktion des „Zaberner Anzeigers“ einbrechen ließ. Wie ist es möglich, daß General v. Deimling heute noch an seinem Platze ist. Ich erinnere nur an sein Auftreten im Reichstag, wo Abg. Müller-Meinungen von einem Regime der Soldateska sprach. (Zuruf bei den Soz.: Ohne zur Ordnung gerufen zu werden.) Dies Regime der Soldateska besteht noch heute in Elsas-Lothringen. Bedauernd sind die armen Soldaten, die sich zu solchem Nummerjahren haben hergeben müssen, denn zur Begleitung des Herrn v. Forstner gehören nicht Soldaten, sondern eine Armee, die ihn schützt. (Gr. Heiterkeit.) Durch plumpe Soldatenmissethaten alle Bemühungen der loyal gesinnten Elsäßer seit 9 Jahren niedergestrichen. Die Früchte werden sich zeigen. Wir wollen hoffen, daß das entscheidende Wort vom Reichskanzler gesprochen werden wird, und daß wir nachher sagen können: Es gibt noch Richter in Berlin. (Lebh. Beifall bei den Els. und links.)

Reichskanzler v. Schomann-Hollweg: Nach dem Ergebnis der Ermittlungen stellen sich die Vorgänge in Zabern wie folgt dar: Der Leutnant v. Forstner hat in einer Instruktion einem Rekruten Anweisung gegeben, wie er sich verhalten soll, wenn er angegriffen würde. Er hat bei dieser Gelegenheit für den Eintritt einer bestimmten Eventualität eine Geldstrafe ausgesetzt, die der gleichfalls angewesene Unteroffizier erheben hat. Das war selbstverständlich eine Ungehörigkeit. Der Leutnant hat bei der Gelegenheit den Rekruten an dem Rekruten vergriffen sollte, einen „Wades“ genannt. Daß er bei dieser Gelegenheit auch die französische Fahne beleidigt haben soll, ist nach dem Ergebnis der Untersuchungen unrichtig. Endlich hat derselbe Leutnant in der Instruktion dreimal Elsäßer als „Wades“ tituliert. Ein Rekrut hat sich auf Befehl des Unteroffiziers bei dem Offizier melden müssen mit den Worten: „Ich bin ein Wades.“ (Lebh. hört, hört!) Der Offizier ist zurückge-

und bestraft worden. (Zuruf links: Aber viel!) Die Vorgänge in der Instruktion sind von beteiligten Militärpersonen in die Öffentlichkeit getragen worden, was mit dem militärischen Disziplin absolut unvereinbar ist: die Schuldigen gehen deshalb ihrer Bestrafung entgegen. (Zust. rechts.) Bei diesen ersten Vorgängen, die die Quelle der späteren Ereignisse geworden sind, liegen Ungehörigkeiten eines jungen Offiziers vor, begangen in den Wänden der Kaserne, unerschrocken, aber doch nicht weltbewegend. (Sehr richtig!) Mit der geringen Bedeutung dieses Anfanges steht die spätere Entwicklung in keinem Verhältnis. (Erneute Zustimmung.) Bezeichnend ist, daß der „Matin“ unter den ersten gewesen ist, der die Sache in seinem Sinn verwertet hat. Durch die Lokalpresse ist die Erregung dann in Zabern und über Zabern hinaus geführt worden. Man sprach von einem gewollten öffentlichen Affront der Bevölkerung. Davon kann ja selbstverständlich keine Rede sein. Das Wort „Wades“ ist ja tatsächlich gefallen, und die Presse hat lange Erörterungen über seine Bedeutung angestellt. Nach meinen Informationen wird das Wort bald gebraucht, um einen Herumtreiber, einen nichtsahnenden Menschen zu bezeichnen, bald gilt es als Spitzname für den Elsäßer. (Lebh. Unterbrechung und Zurufe bei den Els.: Niemals!) Man sagt mir, der Elsäßer gebraucht es selbst in gutmütigem Sinn seinen Landsleuten gegenüber. Verleidend wird es erst im Munde eines Nichtelssäfers. Jedenfalls wird es nach den jetzigen Vorkommnissen und Erfahrungen nicht mehr gebraucht werden, aber die Elsäßer sollten doch wirklich nicht empfindlicher sein als andere, der Elsäßer nennt ja den Deutschen mit Vorliebe einen „Schwaben“. (Abg. Ledebour (SD.): Wie kann man in so ernster Sache solchen Kohl vorbringen! — Präf. Kämpf ruf den Abg. Ledebour zur Ordnung.) Man sollte solche Dinge nicht ernst nehmen! Aber tatsächlich haben die Elsäßer sich beleidigt gefühlt; das kann doch aber keine Rechtfertigung dafür sein, daß in der Folge Offiziere und Mannschaften tatsächlich beleidigt worden sind. (Hört, hört! rechts.) Das ist tatsächlich geschehen, dagegen ist die Behauptung von einem mißhandelten und bedrückten Unteroffizier eine Erfindung. Nach der dienstlichen Meldung des Generalkommandos haben schon am 9. November Kinder mit Steinen nach dem Leutnant v. Forstner geworfen (Ruf bei den Soz.: Kinder!), am Nachmittag wurden die beiden Begleitenden hundert junge Leute hinter Offizieren her, am 26. November wurden Offiziere von Arbeitern, Kanalschiffen und Jungen umringt und angegriffen, zwei Leute vom Militär festgenommen und an die Polizei abgegeben. Am 28. November wurden die Offiziere, die aus der Turnstunde kamen, an der Kanalbrücke angejohlt und angebrüllt. Ein 18jähriger Arbeiter, der dem Leutnant v. Forstner Schimpfworte nachrief, wurde festgenommen, und als sich um zwei Offiziere in der Hauptstraße Menschen ansammelten und schrien, befahl der Regimentskommandeur, um die Offiziere vor weiteren Beschimpfungen zu schützen, dem Leutnant Schadt, mit einem Zug nach dem Schloßplatz zu rücken und diesen zu säubern. Auch wenn hierzu formell eine gesetzliche Befugnis nicht vorlag (Hört, hört!), so ist die Maßregel doch lediglich aus dem Betreiben entstanden, schlimmerem vorzubeugen. (Stürm. Heiterkeit und gr. Unruhe links.) Es ist doch vollkommen verständlich, wenn der Oberst bei der herrschenden Erregung durch ein Soldatenaufgebot das Schlimmere verhindert, das aus der eventuell sogar tätlichen Beleidigung von Offizieren hätte hervorgehen können. Unter den vom Militär verhafteten 30 Personen waren zweifellos auch einige unbeteiligte Passanten, (Hört, hört! links; Abg. Stadthagen (SD.): Leider nur ein Staatsanwalt!) die bis zum nächsten Tag in der Kaserne festgehalten wurden. (Zuruf der Soz.: Auch das ist richtig, was? — Andauernde gr. Unruhe.) Soweit festgestellt werden konnte, lag die gesetzliche Befugnis zu diesem Vorgehen nicht vor, soweit es sich nicht um Festnahmen auf frischer Tat gehandelt haben sollte, in welchem Falle die Festgenommenen sofort an die Polizeibehörden hätten abgegeben werden müssen. (Hört, hört, links, Unruhe.) Das Militär ist so eingeschritten in der Ansicht, daß die zivilen Sicherheitsorgane zu keinem Schutz nicht ausreichten, die Zivilbehörden bestreiten dies auf das allerentschiedenste. (Lebh. hört, hört!) Hier stehen die Ansichten der Lokalbehörden einander scharf gegenüber, und wer von beiden absolutes Recht hat, kann ich nicht entscheiden. (Gr. Unruhe links; Abg. Ledebour (SD.): Das ist Ihre Vaterlandsliebe.) Ich glaube, es ist nach der Vorgeschichte nicht ganz unberechtigt, wenn das Militär erklärt, daß die zivilen Sicherheitsorgane in Zabern nicht an jedem Orte der Stadt, wo eine Ungehörigkeit passierte, sofort hätten zur Stelle sein können. (Gr. Unruhe.) Die Militärbehörde hat mitgeteilt, daß sich die Militärs derartige Beleidigungen nicht gefallen lassen können. (Zurufe links: Der Rekrut muß sich aber alles gefallen lassen!) Ich bitte, in diesem ernst und traurigen Fall nicht zu verpassen, daß die Armee das Recht hat, sich gegen direkte Angriffe zu schützen. (Gr. Unruhe), nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht. (Andauernde große Unruhe.) Wenn sie es nicht tut, kann keine Armee in der Welt bestehen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Der Kopf des Königs muß unter allen Umständen respektiert werden. (Stürm. Unruhe und Unterbr. links.) Wir ist nicht zweifelhaft, daß die Militärbehörde in Zabern in dem Bewußtsein der Pflicht einschritt, die Menschen am Leben zu schützen, auch wenn in der Folge die gesetzlichen Grenzen nicht eingehalten wurden. (Gr. Unruhe links.) Scharfe Verwahrung lege ich dagegen ein, daß Abg. Peitotes in bezug auf die Offiziere in Zabern von Hochverrat gesprochen hat. (Stürm. Zurufe links: Es war Hochverrat!) Man darf das Wort nicht gebrauchen, solange nicht einer des Hochverrats schuldig erkannt ist. (Neue stürm. Unterbr. links.) Die traurigen Vorgänge sind, das habe ich objektiv dargelegt (Sagen links), aus kleinen deutschen Vorgängen, kränkelnden Worten in der Kaserne, unbefangenen Schmähungen auf der Straße unter fortgesetzter Steigerung von Wirkung und Gegenwirkung erwachsen, und aber weder für die allgemeinen Zustände bei uns charakteristisch, noch durch einen allgemeinen Gegensatz zwischen Militär und Zivilverwaltung im Reichlande hervorgerufen. Nun, wir wollen doch auch in die Zukunft sehen, und da kommt es vor allem darauf an, daß in Zabern wieder normale Zustände eintreten, dazu gehört ein andauernder Kontakt zwischen den militärischen und Zivilbehörden, ein gutes freundliches Verhältnis zwischen Militär und Zivil, auf welches Ziel die Landesverwaltung und die Militärverwaltung gemeinsam hinarbeiten werden. Es ist dazu ein General nach Zabern entsandt worden. Ich habe das Vertrauen zur elsasischen Bevölkerung, daß sie hier trotz der augenblicklichen Erregung mit auf dieses Ziel hinarbeiten wird. Gerade mit Rücksicht auf die Erregung, die sich auf Deutschland erstreckt hat, habe ich mir Mühe gegeben, den Fall objektiv darzulegen. (Heftiger Widerspruch b. d. Soz.) Ich schreibe: Die Autorität der öffentlichen Gewalt muß ebenso geschützt werden, wie die Autorität des Gelezes. Dabei bleibe ich und werde ich bleiben! (Bravo! rechts, andauernde Zwischenrufe und Zurufe b. d. Soz.)

Preussischer Kriegsminister v. Fickelkahn: Ich sollte meinen, daß trotz des Widerstands von der Tribüne dieses Hauses meine Rede bei Beantwortung der kurzen Anfrage für jeden, der hören wollte, alles enthält. Nicht enthalten konnte sie freilich die Zusicherung, daß sich die Militärbehörde dem von lärmenden Tumultuanten und heftigen Pres-

organen . . . (Erregte stürm. Zurufe bei den Soz., Els. und dem Ztr., viele Abgeordnete drängen zornig nach vorn um rufen: Unwahrheit! Skandal! — Abg. Ledebour (Soz.) sprich auf die Treppe der Tribüne und ruft dem Kriegsminister zu: Sie arbeiten wie ein agent provocateur im Reichstag genau wie der Forstner in Zabern! — Nur langsam ließ sich die Erregung und der Kriegsminister wiederholt: Die Zusicherung, daß die Militärbehörden sich den von lärmenden Tumultuanten und heftigen Presorganen gestellten Forderungen fügen sollten (Neuer Entrüstungsturm auf der Tribüne, Zurufe: Herunter von der Tribüne! Unverschämtheit! Das ist ja der Forstner in der Person!) Das ist der springende Punkt, um den sich seit dem 9. November die ganze Spelakt in Zabern drehte, (Neue zornige Zurufe von der Tribüne) nicht um die mehr oder weniger übertriebenen Beschuldigungen des Leutnants oder seiner Rekruten (Stürm. Zurufe: Des Obersten!) Jeder im Lande weiß, daß deren Rechte und Angelegenheiten in den festen Händen der Vorgesetzten liegen, (Schallendes Gelächter links) wo sie ihr Recht finden werden. (Unausgesprochene Entrüstungsrufe links, die während der ganzen Rede immer wieder ausbrechen) Man will durch Prestreitreiben, durch Erregung und systematische Beschimpfungen einen ungeheuren Einfluß auf die Entscheidungen der zuständigen Behörden ausüben. Ein Zurückweichen der Militärbehörden hätte vielleich für den Augenblick Ruhe in Zabern geschaffen, aber das wäre nur eine trügerische Ruhe gewesen. (Beifall rechts (Sagen links).) Der Appetit kommt beim Essen, dann würde der Versuch sicherer Nachfolger gehabt haben, um Wortwände wären diejenigen, die jetzt diesen Skandal gemacht haben, nicht verlegen gewesen. Sie, die die läppischen Geschichten in der Kaserne zu solchen Zwecken ausbeutet haben, würden immer etwas für solche Zwecke finden, und wir würden uns schnell einem Chaos nähern. Die Armee kann vor solchen Elementen nicht zurückweichen. Man hat von der Notwendigkeit der Wahrung der Volksrechte gesprochen, ich bin ganz derselben Auffassung, da aber die Armee ein Teil des Volkes und wahrlich nicht der wichtigste ist, was die unbefreitbare Tatsache beweist, daß ohne die Armee nicht ein Stein dieser stolzen Mauern stände (große Unruhe links) und daß kein Arbeiter sein Brot in Frieden verdienen könnte ohne die Armee, so müssen auch ihre Lebensbedingungen, Autorität, Disziplin und Ehrgefühl hochgehalten werden. (Stürm. Zurufe b. d. Soz.: Auch von den Offizieren!) Kann es der Disziplin förderlich sein, wenn man von außen her durch unverantwortliche Treiber die pflichtmäßigen Entscheidungen der verantwortlichen Stellen beeinflussen könnte. (Zuruf b. d. Soz.: Das sagen Sie den Reichstag!) Ich spreche vor dem Reichstag von den Vorgängen in Zabern! In der entscheidenden Stunde helfen den Soldaten keine Reden, da helfen ihnen nur Disziplin und Ehrgefühl. (Gr. Unruhe links, Zurufe: was soll das hier?) Es soll keine Überhebung sein, die mir fernliegt. Ich meine das Ehrgefühl, daß es dem Soldaten nicht einen Augenblick zweifelhaft sein soll, wenn es sich um die Entscheidung zwischen Schande und Tode handelt. (Rufe links: Zur Sache!) Dieses Ehrgefühl schließt es aus, daß ein Soldat dauernd planmäßige Beschimpfungen ertragen sollte. (Zuruf bei den Soz.: Die Soldaten wurden durch Vorgesetzte beschimpft!) Man verlangt, ich soll einen ganz jungen Offizier wejagen; aber die besten Lehren des ehrwürdigsten Greises können das Beispiel eines einzigen frischen jungen Offiziers oder Unteroffiziers nicht erregen. (Stürm. Gelächter links, Bravo! rechts), solche Offiziere werden umso eher bereit sein, ihr Leben für ihr Ideal in die Schanze zu schlagen. (Ruf b. d. Soz.: Und die Mannschaften?) Die Armee braucht junge Führer so sehr, daß sie gern die mancherorts etwas täppischen Äußerungen ihres jugendlichen Übermut in den Kauf nimmt. Unterlassungen und Verläumdungen bilden eine schwere Belastung, als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. (Stürm. hört, hört! links.) Dieser Grundlag muß vorangestellt werden bei der Bewertung der Vorgänge in Zabern. Der Kriegsminister verliest dann einen Artikel eines im Elsas naturalisierten Franzosen aus dem Zaberner „Tagblatt“, worin das Verhalten der Bevölkerung verurteilt wird, und eine Proklamation des Zaberner Kreisdirectors, in der zur Ruhe gemahnt und u. a. erklärt wird, daß bei Verhinderung der unanständigen Auftretens einiger Buben dem Militär der Anlaß zum Selbstschutz genommen würde. Dem, erklärt er habe ich nichts hinzuzufügen. Die Armee muß eine furchtbare Waffe sein, wenn ihr Zweck erreicht werden soll. Sie ist wirklich nicht zum Polizeidienst geschaffen, und es ist höchst bedauerlich, daß dies in unserem Fall nötig war, trotz wiederholter Mahnungen der Militärbehörde an die Zivilbehörde. (Hört, hört! links.) Mir ist es in hohem Grade vorzuziehen, wenn es zum Einschreiten kommen muß. Schreite die Armee aber einmal ein, so sind Härten ganz unvermeidlich. (Stürm. Zurufe links.) Die Spaziergänge der Offiziere sollen provokierend gewesen sein. Sollen deutsche Offiziere in Zabern nicht spazieren gehen können? Und wenn eine Bataillon alarmiert wird, dann müssen auch die Maschinen gewehre mit. Weiß das Herr Köfer nicht? Überlegen wir uns doch einmal: was wäre denn besser? Daß ein Offizier in Zabern, dem ein Mann unsittliche Schimpfworte zurief, dem Betreffenden den Degen durch den Leib stößt? — (Stürmische minutenlange Unterbrechung links; Abg. Ledebour: Das ist die Aufforderung zum Mord!) Ist es doch nicht besser, wenn einige Leute mitgehen und den Übeltäter auf die Polizei bringen? Ist es eine Aufreizung zum Mordschlag, wenn der Leutnant den Soldaten sagte, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn sie auf Posten angegriffen werden? Man hat einen hohen General hier wegen seines Auftretens im Reichstag als den Typus der übermütigen Goldateska bezeichnet. Man sollte ihm doch diese 7 Jahre zurückliegende Sache nicht nachtragen. (Zuruf b. d. Soz.: Es ist aber doch noch genau derselbe wie damals!) Das ist das Beste an ihm! (Stürm. Beifall rechts; dauernde Entrüstungsrufe der gesamten Linken und des Zentrums.)

Die Besprechung der Interpellationen wird einstimmig beschlossen.

Fickelkahn (Ztr.): Das Unzulängliche, hier wieder Ereignis, das Unbegreifliche, hier ist's getan! (Stürm. Zustimmung links und im Ztr.) Gegenüber den eben gehörten Ausführungen haben wir das Gefühl der Beschämung, und wir fühlen bitteren Schmerz über die moralischen Verluste dieses Unglücksmonats, die erst in schwerer Arbeit nach langer Zeit wieder gut gemacht werden können. (Stürm. Zustimmung.) **Abg. Bachnick (Ztr.):** Nach der Militärvorlage das dem Reichstag! Wir hatten erwartet, daß die Erklärungen der Regierung hellend wirken würden, wir sind aber schwer enttäuscht. Wir haben gewiß Gefühl für die Autorität, für die Bedeutung und Machtposition der Armee, aber was heute hier vorgetragen wurde, klingt mir aus einer andern Welt, hier gibt es kein Überbrücken mehr — das Recht vor allem! (Stürm. Beifall links und im Ztr.) Bedauern haben wir gehört, aber nichts von einer Remedur zur Aufrichtung des geborgenen Rechts. Und die Äußerung von dem Säbel, mit dem man einen durchstoßen muß, zieht unnötige Vorschaue und Schneid bei den jungen Leuten auf. Wenn die Zivilbevölkerung der Willkür des Militärs preisgegeben wird, dann kinn Germanae. (Stürm. Beifall.) Offensichtlich war der Ton des Kriegsministers nicht die Rationierung von Unterredungen, die kurz vorher stattgefunden haben. (Stürm. minutenlanges Beifall im Zentrum)

Somit wäre das heute ein Unglückstag für das deutsche Reich. (Erneute donnernde Zustimmung links und links.) Ich hatte mir eine ganz andere Disposition gemacht, nach diesen Ausführungen am Regierungstisch war es die Pflicht und Schuldigkeit des ersten Bedner aus dem Hause, in entsprechender Weise die Meinung zu sagen. (Sturm, minutenlanger Beifall und anhaltendes Händeklatschen links und im Zentr.) Der Leutnant behauptete, mit dem Ausdruck „Wackes“ nur freischützliche Elemente gemeint zu haben. Er kannte aber das Verbot des früheren Regimentskommandeurs, diesen beleidigenden Ausdruck zu gebrauchen. (Abg. Moskale (S.D.): Disziplin der Leutnants!) Über die Bezeichnung „Wackes“, namentlich in Verbindung mit der Behauptung, dass die Niederstehen, waren die Offiziere mit Recht erbittert. Es folgt eine Sühne nicht, so versagt das Verantwortungsgefühl der Behörden. (Sturm, Beifall.) Wir geben uns die größte Mühe, die Verhältnisse in Elsaß zu sanfteren, und durch solch unverantwortliches Vorgehen wird diese Arbeit vergeblich gemacht. Von Forschner soll mit einem Verweis bestraft worden sein, obwohl das Gesetz Freiheitsstrafe vorseht. Die Aufregung in Zabern ist auf die Soldatenverhaftungen und auf die Äußerungen Forschners zurückzuführen. Die Mitteilungen der Soldaten verletzten das Militärgesetz, aber es stehen ihm doch Milderungsgründe zur Seite. Warum hat der Reichstanzler keine Verichte von Zivilbehörden vorgebracht, sondern nur die einseitig gefärbten des Generalkommandos. Der Grundfehler war, daß der Oberst v. Reutter nicht die Einsicht hatte, sofort zu erkennen, daß dem verletzten Ehrgefühl der elsässischen Bevölkerung nur Genuge geleistet werden könne, wenn der Leutnant sofort aus Zabern verschwindet. Er hätte ihm 14 Tage Urlaub geben können, und inzwischen wäre Zeit gewesen, die Sache zu erledigen (Widerspruch rechts). Wer das auch heute noch nicht einseht, dem fehlt überhaupt jede Einsicht. (Lebh. Zustimmung.) Es darf ein solcher Reim nicht in das Deutsche Reich hineingetrieben werden, wer das tut, weiß gar nicht, welche Verantwortung er auf sich lädt. Es handelt sich nicht um Elsaß, sondern der Fall könnte sich ganz ebenso überall in Deutschland ereignen. (Lebh. Sehr richtig!) Die Unterstützung ist nicht auf den Kreis des Rheins beschränkt, sie macht sich im ganzen Reich geltend. (Lebh. Zustimmung.) Möge die Regierung aus der Art dieser Vorgänge und der Art ihrer Besprechung die notwendige Lehre ziehen. (Sturm, minutenlanger Beifall.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Der Leutnant von Forschner ist nicht mit einem Verweis, sondern dem Gesetz entsprechend bestraft worden. (Zurufe: Wie denn?) Er ist sehr schwer bestraft worden. (Erneute Sturm. Zurufe: Wie denn?) Ich bin nicht verpflichtet, über disziplinarische Verordnungen Auskunft zu geben. (Zurufe, große Unruhe.) Über etwaige Milderungsgründe bei den Rekruten hat das Gericht zu entscheiden. — Ferner habe ich nicht, wie Herr Fehrenbach meinte, bei Beleidigungen von Offizieren auf der Straße zum Waffengebrauch aufgefordert, sondern es nur für berechtigt erklärt, wenn bei Zuständen, wie sie sich in Zabern entwickelt haben, der Offizier zur Selbsthilfe schreitet und den Mann festnehmen will und dabei zum Waffengebrauch gezwungen wird. (Große Erregung, stürmische Zurufe: Kneiser!) v. a. G. a. l. e. r. (S.D.): Die Unterstützung über die Vorfälle ist eine allgemeine in ganz Deutschland. Alle Versöhnungsarbeit in Elsaß ist wieder kaputt gemacht. Nicht das Wortkommis mit dem Leutnant v. Forschner ist so weltbewegend, sondern daß das Militär sich an die Stelle der Zivilbehörde gesetzt hat. (Lebh. Sehr richtig.) Eine Instruktion für den Offizier ist ja keine höhere Leichterlehre, aber die Empfindungen der Rekruten müssen ebenfalls geschont werden. Ein Offizier, der das nicht tut, eignet sich nicht für seine Stelle. (Bravo! links.) Man will den Fehler nicht eingestehen aus falscher Prestigepolitik. Die Hauptsache ist, was soll in Zukunft geschehen? Wie denkt sich der Kriegsminister und der Reichstanzler die Zukunft von Elsaß-Lothringen? (Zuruf bei den Soz.: Garnicht!) Ich bitte den Reichstanzler dringend, in dieser Schicksalsstunde für Elsaß-Lothringen zu sagen, welche Maßregeln getroffen werden sollen, um Elsaß nicht vom Deutschen Reich abzustoßen, sondern es näher heranzuziehen. (Lebh. Beifall links und im Zentrum.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich kann hier nur über die militärische Zukunft von Elsaß reden, dann kann ich sagen, wie werden in der Arme schon Ordnung halten! (Sturm, Gelächter links und im Zentrum.) Von den Abg. Ublatz (W.) und Gen. in der Antrag eingegangen: Der Reichstag wolle feststellen, daß die Behandlung des Gegenstandes der Interpellationen durch den Reichstanzler der Anschauung des Reichstages nicht entspricht. (Lebh. Bravo! links und im Zentrum.) Das Haus vertagt die weitere Besprechung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Der christlich-nationale Arbeiterkongress.

Die christlich-nationalen Herrschaften, die am Sonntag im Berliner Lehrervereinshaus zu einer dritten Tagung sich zusammenfanden, erfreuen sich doch einer hohen Gönnerschaft. Ihnen zahlreiche Repräsentationseinladungen waren verschiebene Abgeordnete, ein Vertreter des Reichstanzlers, des preussischen Handelsministers, der Gesellschaft für soziale Reform u. a. gefolgt. Daß der Kaiser Biletts für das Schauspiel- und Opernhaus zur Verfügung stellte, wird sicher von den Herrschaften als eine innige Anteilnahme des Kaisers an ihrer Bewegung gedeutet. Ein Ergebnistelegramm war denn auch der Dank für die kaiserliche Güte. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordnete Behrens, sprach in seiner Begrüßungsrede aus, daß die Sicherung des Koalitionsrechts für die Arbeiter und Angestellten bis zur Stunde noch nicht völlig erreicht sei. Diese Forderung müsse erneut erhoben werden. Der Mißbrauch des Koalitionsrechts durch die Sozialdemokratie dürfe nicht der Vorwand sein, um die Lebensbedingungen einer ansehnlichen Ständebewegung der christlich und wahrhaft national gesinnten Arbeiter und Angestellten zu unterbinden. Die Teuerungsvorfälle, die sich zu wahren Notständen für die Massen auswachsen, stellen die Frage einer ausreichenden Lebensmittelförderung in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Redner verlangte dann vom neugeschaffenen Kartell der Großindustrie, Landwirtschaft und Angestelltenstand dort vertreten sein müßte; er schüttelte die Gelben von den Christlich-Nationalen ab, wandte sich gegen ein neues Arbeitwilligkeitsgesetz und schloß mit einem Kaiserhoch. Nachdem begrüßte Oberregierungsrat Siebert im Namen des Reichstanzlers und des Staatssekretärs Dr. Delbrück den Kongress und wünschte seinen Verhandlungen guten Erfolg. Nach den Ansprachen verschiedener Vertreter der parlamentarischen Fraktionen der Rechten gab dann der unvermeidliche Graf von Posadowsky seine Erfahrungen über die Bekämpfung der Sozialdemokratie zum besten, bei der, wie er versicherte, viel Objektivität, noch mehr aber Geduld geübt werden müßte. Ein Herr Streiter, von den Berliner christlich-nationalen Arbeitern, vermischt es schmerzlich, daß der Berliner Oberbürgermeister und der Magistrat, bei der Ladung dieser würdigen Tagung nicht gefolgt seien. — Danach erstattete Behrens den Bericht des Ausschusses.

Am 2. Verhandlungstag referierte Redakteur Joessel-M. Glabach über „Nationale Entwicklung und soziale Bewegung“. Nach ihm sprach Abg. Giesberts über die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner. Er befürwortete eine lange Resolution, die forderte 1. die weiteste Ausflärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes; 2. daß sich die Regierung und die Parlamente von ihren Entschuldigungen durch die scharfmacherischen Bestrebungen in keiner Weise beeinflussen lassen; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter bei Regierung und den Parlamenten entschiedene Zurückweisung finden, da jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter namentlich des Koalitions- und Vereinsrechts, und die Abbröckelung der sozialen Gesetzgebung den heftigsten Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei hervorrufen müsse und nur geeignet sind, die Klagengegenstände zu verschärfen. Der Kongress empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Abwehr gegen die antisozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. In dieses Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil stürmische Debatte.

Thomas-Berlin vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband trat lebhaft für die vollständige Sonntagsruhe ein und hielt eine antifehmische Hezrede. Einen großen Widerspruch fand die Rede des Delegierten der katholischen Arbeiterverbände Berlins Oskar Richter. Dieser führte zunächst aus, daß der Hauptprofiß in der Tasche der Großkapitalisten liege. Er trat für die Wahrung des Koalitionsrechtes ein, meinte aber im weiteren Verlaufe, daß die Streikfreiheit für die Arbeiter ein großer Nachteil sei. (Stürmische Unterbrechung.) Wenn die Arbeiter etwas erreichen wollen, dann müssen sie sich in katholische Fachvereine nach dem Grundsatze der letzten päpstlichen Enzyklika organisieren. (Stürmische Unterbrechung und Schlußrufe.) Der Redner schloß darauf unter stürmischem Widerspruch, indem er sich nochmals gegen die Streikfreiheit aussprach. — Kohmann-Berlin führte aus, man solle nicht zu sehr gegen das in Leipzig gebildete Kartell der schaffenden Stände vorgehen, man müsse zunächst den praktischen Erfolg abwarten. (Stürmischer Widerspruch.) Abg. Schiffer konnte dem Redner in keiner Weise beipflichten. Der scharfmacherische Zentralverband deutscher Industrieller sei doch zur Genüge bekannt. Die Führer des Bundes der Landwirte sind sämtlich für Beschränkung, womöglich für Abschaffung der Koalitionsfreiheit. Es sei deshalb dringend notwendig, gegen diese Art Kartell entschiedene Front zu machen. Es sprachen alsdann noch Fräulein Behm-Berlin für den Schutz der Heimarbeiterinnen, Friedeberg-Neuenkirchen für den Schutz der Bergarbeiter, Syndikus der Gastwirtsgehilfen Max Wolf-Leipzig für die Gastwirtsgehilfen. Es wurde alsdann mitgeteilt, daß Richter nicht im Namen des Verbandes der Berliner katholischen Fachverbände gesprochen habe. Die Anträge Richters, der Resolution Giesberts hinzuzufügen, „auf dem Boden der christlichen Kirche usw.“, wurde mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Giesberts gegen diese Mindearbeit angenommen. Außerdem wurden noch eine Reihe Resolutionen angenommen, die sich auf die Einführung der Sonntagsruhe, auf den Schutz der Heimarbeiterinnen, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche usw. erstreckten. Sodann wurde die Verhandlung auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Der Schwindel siegte.

Zu den Jenaer Gemeindevorständen, die von der reaktionären Presse freudig als Zeugen des Niederganges der Sozialdemokratie verbucht wurden, schreibt man uns aus Jena:

Kurz vor der Hauptwahl war von bürgerlicher Seite ein Flugblatt herausgegeben worden, das in der letzten öffentlichen Gemeindevorstandssitzung von Donnerstag von allen Seiten — auch von allen anwesenden bürgerlichen Vertretern — allgemein als Schwindel bezeichnet wurde. In dem Flugblatt wurde von den Reformen, die der Gemeinderat in den letzten Jahren und in den meisten Fällen einmütig beschlossen hatte, behauptet, daß sie der Gemeinde außerordentlich viel und hohe Kosten verursacht hätten; jährlich seien dadurch wenigstens 200 000 Mark Mehrkosten verursacht worden. Dem vor mehr als Jahresfrist vom Gemeinderat einstimmig gewählten Finanzdirektor wüßte man allerlei Finanzexperimente vor. In der letzten Zeit sollen mehrere Fonds verschwunden sein. Der Finanzdirektor habe eine ganze Anzahl angesammelte Fonds abgehoben und nicht zu den Zwecken, zu denen sie angesammelt waren, verwandt. Die Kassenrevisionen sollen nach dem Flugblatt postenhaft wirken. Einer unserer Genossen hatte im Gemeinderat als Berichterstatter über das Ergebnis einer Revision das Kassenwesen gegenüber früher als ganz vorzüglich funktioniert und leicht übersichtlich hingestellt. Dieser Bericht wird in dem Flugblatt als bestellte Arbeit bezeichnet. Mit den städtischen Einkommenshäusern, die man gebaut habe und deren weitere 80 zu bauen beschlossen sind, habe man den Arbeitern ein Geschenk von 1000 bis 1500 Mark gemacht. Die jetzige Gemeindevorwaltung sei drauf und dran, die „Stadt Jena in ein Schuldenmeer zu stürzen“. Unter der Leitung des Oberbürgermeisters und des Finanzdirektors sei der Verwaltungsapparat teuer und bürokratisch geworden. Einseitig seien Klasseninteressen gefördert worden; die übrigen Stände würden majorisiert.

Dann folgt im Flugblatt ein pöbelhafter Ausfall gegen die Sozialdemokratie und die Behauptung, daß das „diesmalige starke Zurückgehen der Studentenzahl an unserer Universität mit auf das Konto dieses sozialdemokratischen Regiments in Jena zu buchen“ sei.

Die „Jenaische Zeitung“, die das Flugblatt als Beilage brachte, mußte nach der Gemeindevorstandswahl selbst feststellen, daß der Bestand immatrikulierter Studenten nicht nur den des vorigen Wintersemesters erreicht, sondern diesen noch überschritten habe.

Der Gemeinderat hat sich nun mit der Lügenpistel beschäftigt. Der Oberbürgermeister erklärte: „Ich kann hier im Namen des Gemeindevorstandes erklären, daß alle Unwürde des Flugblattes glatte Unwahrheiten sind“. Und der Finanzdirektor sagte: „Gegen die in dem Flugblatt gegen mich gerichteten gemeinen Anschuldigungen habe ich nur ein Pfi! — und ebenso nur ein Pfi! — für die Redaktion der Jenaischen Zeitung.“ (Lebhafte Zustimmung des gesamten Gemeinderats.) Nachdem der Gemeindevorstand und vor allem unsere Genossen mit dem Wacker — wie es selbst von bürgerlicher Seite bezeichnet wurde — gehörig abgerechnet hatten, wurde dem Finanzdirektor auf Antrag des Oberbürgermeisters einmütig ein Vertrauensvotum ausgesprochen und der Gemeindevorstand

beauftragt, die Klage gegen diesen Schwindel vorzubereiten.

Die bürgerliche Wählerliste hat auf Grund der ersten Liste des Gewerkschaftskartells 2827 Stimmen, die des Christlich-nationalen Gewerkschaftskartells 530 Stimmen. Von den zu wählenden 12 Beisitzern erhalten die freien Gewerkschaften 10, der Gewerksverein 2 Beisitzer. Bei der Wahl der Arbeiter wurden auf die Liste des Gewerkschaftskartells 121 Stimmen abgegeben, die gegnerische Liste der Innungen erhielt 164 Stimmen. Von den 12 Beisitzern entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 5, auf die der Gegner 7 Beisitzer. Von den insgesamt 24 Beisitzern des Gewerkschaftskartells erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 15, die Gewerksvereine 5, und die Innungen 7.

Scharfmacherkreiß. Die Arbeiter der Schuhfabrik von Paul Lainga in Strausberg bei Berlin haben nach Ablauf der Kündigungszeit am Montag die Arbeit eingestellt, da eine Zurücknahme der angebotenen Lohnreduzierung bisher nicht erfolgte. Arbeitswilligen verspricht der Unternehmer nun in großen Annoncen 30 Mk. Wochenlohn, während er einzelnen alten Arbeitern schon bei 28 Mk. Durchschnittsverdienst den Affordlohn kürzen will. Hoffentlich läßt sich kein Arbeiter durch solche leeren Versprechungen täuschen. Meide jeder Scharfmacher den Betrieb, dann wird der Fabrikant bald genötigt sein, die Lohnreduzierung zurückzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Bei der Gewerkschaftswahl in Götlich erhielt die Liste des Gewerkschaftskartells 2827 Stimmen, die des Christlich-nationalen Gewerkschaftskartells 530 Stimmen. Von den zu wählenden 12 Beisitzern erhalten die freien Gewerkschaften 10, der Gewerksverein 2 Beisitzer. Bei der Wahl der Arbeiter wurden auf die Liste des Gewerkschaftskartells 121 Stimmen abgegeben, die gegnerische Liste der Innungen erhielt 164 Stimmen. Von den 12 Beisitzern entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 5, auf die der Gegner 7 Beisitzer. Von den insgesamt 24 Beisitzern des Gewerkschaftskartells erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 15, die Gewerksvereine 5, und die Innungen 7.

Scharfmacherkreiß. Die Arbeiter der Schuhfabrik von Paul Lainga in Strausberg bei Berlin haben nach Ablauf der Kündigungszeit am Montag die Arbeit eingestellt, da eine Zurücknahme der angebotenen Lohnreduzierung bisher nicht erfolgte. Arbeitswilligen verspricht der Unternehmer nun in großen Annoncen 30 Mk. Wochenlohn, während er einzelnen alten Arbeitern schon bei 28 Mk. Durchschnittsverdienst den Affordlohn kürzen will. Hoffentlich läßt sich kein Arbeiter durch solche leeren Versprechungen täuschen. Meide jeder Scharfmacher den Betrieb, dann wird der Fabrikant bald genötigt sein, die Lohnreduzierung zurückzunehmen.

Ein Monierprozeß gegen Streikende. Ein Monierprozeß gegen Arbeiter wird in Petersburg vorbereitet. Nach dem neuen Gesetz werden Streikende zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und infolgedessen sind 1000 Arbeiter der elektrischen, technischen und Eisenbahnbetriebe, die kürzlich streikten, in Anklagezustand versetzt worden.

Einem Aufruf zur Weihnachtbescherung der streikenden Kartonnagen- und Einheitsarbeiter in Jähr veröffentlicht in der dieswöchentlichen Nummer der Buchbinderzeitung der Vorstand des Buchbinderverbandes. Der Vorstand weist darauf hin, daß die Streikenden bereits seit dem 13. Oktober sich im Streik befinden, weil die Unternehmer jede Verhandlung mit der Arbeiterschaft ablehnen und bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit verlangen. Die Streikenden hätten in völlig freier Entscheidung durch geheime Abstimmung beschlossen, den Streik weiterzuführen und somit sei es sehr wohl möglich, daß der Streik sich bis nach Weihnachten, ja bis nach Neujahr hinziehen könne, zumal die Behörden bisher alles getan hätten, um den Unternehmern durch Gewährung von Überzeitarbeit für Arbeiterinnen über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus, durch Dispensation der Lehrlinge von dem Besuch der Gewerkschule sowie durch eine unangebrachte Nachsicht in Bezug auf die Nichterhaltung der gesetzlichen Ruhepausen für jugendliche Arbeiter den Kampf gegen die Arbeiterschaft zu erleichtern.

In dem Aufruf wird betont, daß es sich in Jähr um einen Kampf um das Koalitionsrecht, um menschenwürdige Behandlung und um auskömmlichen Lohn in dieser Zeit der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung handele, wobei die Streikenden in bewundernswürdiger Geschlossenheit ausgehalten hätten. Für die regelmäßige Streikunterstützung würde die Verbandskasse sorgen, aber für eine würdige Weihnachtfeier der Streikenden Sorge zu tragen sei Ehrensache der ganzen deutschen Kollegenchaft, die sich recht regen an der Sammlung beteiligen möge, wofür der Verbandsvorstand Sammellisten herausgegeben habe.

„Christliche Erfolge“ für die Saarbergleute. Als die Christenführer Giesberts, Imbusch, Stegerwald und wie sie alle heißen, im vergangenen Winter den von den christlichen Vertrauensleuten beschlossenen Streik abwürgten, da wurde den Saarbergleuten gesagt, es läge keine Ursache zum Streiken mehr vor. Die Verwaltung habe Lohn erhöhungen versprochen, der neuen Arbeitsordnung seien die Giftgähne ausgebrochen worden usw. Sie, die Streikführer, hätten einen „schönen Erfolg, einen herrlichen Sieg“ für die Saarbergleute errungen. Wie dieser Sieg aussah, bekommen die Saarbergleute jetzt gründlich zu spüren. Anstatt Lohn erhöhungen bekommen sie ganz erhebliche Lohnabzüge. Schon im dritten Quartal dieses Jahres waren die Löhne durchschnittlich um drei Pfennig pro Schicht gefallen und immer lauter werden die Klagen über weitere Lohnkürzungen. Außerdem werden fortwährend Arbeiterentlassungen vorgenommen und zwar werden die alten, nicht mehr voll leistungsfähigen Arbeiter abgehoben. Die Christlichen jammern in einem Flugblatt: „Lohnreduzierungen und Profkosmachungen sind auf den fatalistischen Grund an der Saar an der Tagesordnung. Bergleute, die 25, 28, 30, ja selbst 34 Jahre auf der Grube gearbeitet haben, sind entlassen worden.“ Hinzukommt noch, daß in der letzten Generalversammlung des Saarbrücker Knappschaftsvereins das Krankengeld für den größten Teil der Belegschaft herabgesetzt wurde, um 45, 50 und 90 Pfg. pro Tag. So wird für die „deutschen Arbeiter geforgt bis ins hohe Alter“. Man muß wirklich neugierig sein, wie lange die königstreuen, gutgeleiteten Saarbergleute diesen Zuständen noch tatenlos zusehen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Kasernentragödie vor dem Kriegsgericht. Das Kriegsgericht in Colmar (Elsaß) verurteilte den Soldaten Hummel zu zwei Jahren Gefängnis, den Unteroffizier Bouwos zu 21 Tagen Arrest. Hummel wurde von den alten Leuten schikaniert und stach einen Soldaten eines Nachts, als er wieder belästigt wurde, mit dem Messer. Der Gefangene starb einige Tage darauf. Der Unteroffizier wurde bestraft, weil er die Schikantereien mit angesehen hat und nicht eingriff.

Dem er hatte keine Herberge! „Gott sei Gott in der Höhe, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ So schallt es zur Weihnachtszeit von allen Kanalen, und die „Frommen“ im Lande bekommen zu hören, daß der Heiland geboren sei, in Windeln in einer Krippe liegend. „Dem sie hatten keine Herberge.“ Die rührsamen Kirchengänger gedenken weisebändig der trüben Umgebung, und sie danken ihrem Gott, daß dergleichen, besonders in deutsch-christlichen Ländern, nicht mehr vorkomme, alldieweil wir es in der Kultur „so herrlich weit gebracht“. Wie weit wir es gebracht, das verspüren Tausende arme, von der Lebensnot gepeigte Menschenkinder tagaus, tagein, und besonders zur „gnadenbringenden“ Weihnachts- und Winterzeit. Hier ein Bild von unserer Zeiten Schande. Der Arbeiter Karl Reich ist 77 Jahre alt und „ohne festen Wohnort“. Trotz dieser

